INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

"Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen



Nr. 95

22. März 1990

Liebe Leute,

wir sind alle schlaff, müde, überarbeitet, krank oder traurig heute. Trotzdem haben wir wieder ein Heft zusammengekriegt. Aber das ist mehr euer als unser Verdienst. Es gab ein paar Ereignisse in der letzten Woche, über die wir Informationen im Heft zusammengetragen haben (Hungerstreik und Kundgebung in Moabit, Autonomen-Demo in Ostberlin, Anti-AKW-Demo in Stendal (schön, daß sich immer mehr Leute angewöhnen, über Aktionen in der Interim auch zu berichten und nicht nur dazu zu mobilisieren!))

Zu dem "historischen Ereignis" vom letzten Wochenende haben wir nix weiter im Heft. Der Titel und die Rückseite soll ein etwas zynischer Kommentar dazu sein. Liebe GenossInnen aus Süd-BRD und Süd-DDR, nehmt uns unseren Lokal-Chauvinismus nicht übel. Wir wollen eure Kämpfe nicht herabsetzen. Aber für nen blöden Witz vergessen wir schon mal die politische Genauigkeit, zumal in diesen düsteren Zeiten...

Wie hatte Ingrid Strobl in ihrem Artikel "Osteuropas reaktionäre Sauce quillt über" in der Interim 89 gesagt:" Die spezifisch deutsche Situation führt zusätzlich zu einem Erstarken nationalchauvinistischer und - weitgehend faschistischer Tendenzen, die sich in der Forderung nach Wiedervereinigung teils verschleiert, teils ganz offen ausdrücken". In der Tat! Es ist erschreckend, wenn wir mit unseren Prognosen recht haben.
Gerade dieser politisch genaue und vorausschauende Artikel ist leider durch Satz- und Layout-Fehler ziemlich verhunzt worden, wie uns jetzt die AnwältInnen von Ingrid aufmerksam gemacht haben. Das ist zwar nicht unsere Schuld gewesen, weil wir ihn, so wie er war, aus der "agitare bene", Köln, abgekupfert haben. Trotzdem wollen wir die Fehler hier richtigstellen:
In der ersten Spalte, unten, S. 12, muß der Satz "Die polnische Besatzung zum Beispiel sympatisierte während der deutschen Besatzung mehrheitlich mit der reaktionären Londoner Exilregierung" richtig heißen: "Die polnische **Bevölkerung** zum Beispiel sympatisierte..."
Der Absatz "Der Aufstand ist bekanntlich gescheitert... - ...versuchte zum Beispiel die polnische KP in den 60er Jahren, sich von dem Vorwurf freizumachen, sie sei "verjudet"", in der Mitte der zweiten Spalte, gehört nicht dahin, sondern unter die erste Spalte der Seite 12. Auf der Seite 13, 2. Spalte, zweiter Absatz, letzte Zeile, muß es nicht heißen:"...wurde die Panik der bestehenden Rache der "Untermenschen"" sondern "die Panik der **bevorstehenden** Rache". Vorletzter Absatz der gleichen Spalte, gleich am Anfang: "Grüne und Linke in der BRD warnen, daß der Antisemitismus rapide zunimmt" muß heißen:"Grüne und Linke in der **DDR**.." Und das allerletzte "können" des Artikels ist auch nicht von Ingrid. Tschuldigung! Wir empfehlen den Artikel nachträglich noch mal wärmstens zum lesen!

Rotkäppchen hat sich gemeldet, deren Artikel in der vorletzten Nr: "Wer vom Patriarchat nicht reden will..." wir nicht zuordnen konnten. Der ARtikel bezieht sich auf S.5, Interim Nr. 87 vom 25.1.

Inhalt

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Trotz Alledem!

DEMO – 19.3.

GEGEN Großdeutsche Träume!



AUTONOME ANTIFA, Antifa Marzahn,
VEREINIGTE LINKE, 13. Autonome Gruppe
REVOLUTIONÄRER AUTONOMER JUGENDVERBAND
SOZIALISTISCHER Jugendverband
MitgliederInnen Kirche Von Unten
AUTONOME HAUSBESETZERINNEN
AUTONOME VIRE „MAX HOELZ"
UNABHÄNGIGE LINKE, Ring Berlin

REDEBEITRAG der 13. autonomen Gruppe

Der Rummel des vergangenen Wochenendes ist vorbei; viele Berlinerinnen und Berliner sind heute depressiv. Das ist insofern verständlich als die Rache der sogenannten Provinz an der Hauptstadt keine geringe war.

Ganz offensichtlich beitzen viele Leute eine Sehnsucht, unverantwortungslos zu sein. Ihnen war der fünf-monatige Zustand nicht mehr erträglich. Sie wollen wieder klare Verhältnisse, in denen jemand anderes sich einen Kopf macht, wie es weitergeht.

Manchmal ist schwer zu begreifen, warum das einfache, das logische, das verständliche unterliegt. Aber das ist auf der ganzen Welt so. Wir sind nur IndianerInnen und Daniel Ortega ist auch nur der Häuptling eines Stammes. Einmal - und endlich - erfahren, daß wir nur IndianerInnen sind, muß nun auch dem/der letzten Sympathisanten beispielsweise der Vereinigten Linken klar sein, daß es keinen Sinn hat, zu überlegen, was jetzt die nächsten notwendigen Schritte einer Regierung sein müßten. Es ist nur Zeitverschwendung. Wir werden nie in dieser Situation sein. Für uns hat sich nicht viel geändert. Wir sind da, wo wir waren. Wir sind, was wir waren, nämlich Reißzwecken im Magen des Staates. Für uns ist egal, ob sich die CDU oder die SPD die meisten STimmen erkauft hat.
Eigentlich sogar hat dieser Wahlausgang einen großen Vorteil. Die Zerstörung der Illusionen wird schnell einsetzen, und nicht etwas weniger schnell, wie von der SPD erzeugt. Und wir vermuten mal, daß es gerade die WählerInnen der CDU als erste treffen wird. Auch die 2/3-Gesellschaft ist nur eine Illusion.

Also, konzentrieren wir uns, planen wir gemeinsam Aktionen, schärfen wir die Spitzen der Reißzwecken, daß sie weiter unverdaulich sind.

REDEBETRAG der Westberliner Autonomen

Wir erleben gegenwärtig eine epochale Veränderung der kapitalstischen Welt. Sämtliche ehelmals stalinistischen ost- und südosteuropäischen Staaten werden an die imperialistischen Verwertungsinteressen unmittelbar angekettet. Die europäischen Großraumplanungen der Nazis werden nun, 40 Jahre später, nchgeholt. Der mörderlische Generalplan Ost der faschistischen STrategen wird mit friedlichen Mitteln durchgesetzt.
Das entstehende Großdeutschland wird die imperialistische Führung der europäischen Wirtschaftsmacht eindeutiger denn je übernehmen und vor allem die Durchdringung des Ostens zu seiner Sache machen. Die historische Erfahrung des deutschen Imperialismus mit der ost- und südosteuropäischen Region, die in der mehrmaligen versuchten kapitalistischen Unterwerfung begründet ist, ist für das internationale Kapital unersetzlich.

Die ost- und südosteuropäischen Regionen sollen einer brutalen rassistischen Verwertungshierarchie untergeordnet werden. Östlich der polnischen Westgrenze wird die Armutszone Europas liegen. Hierbei werden z.B. Portugal und Rumänien in direkter Konkurrenz um die Investitionslust des europäischen Kapitals buhlen.

Die DDR wird das Einfallstor des Wehrwert-, Ressourcen- und Menschentransfers aus den östlichen Regionen sein. Sie selber wird langfristig dem Standort der westeuropäischen Ausbeutung angeschlossen. Vorher werden die Werktätigen der DDR aber noch ordentlich geschröpft. Massenarbeitslosigkeit und soziale Ausdifferenzierung wird eine 2/3-Gesellschaft, entsprechend der BRD, produzieren. Oben und Unten wird klar auszumachen sein. Der Kampf um die Fleischtöpfe wird extrem die Frauen und MigrantInnen treffen. Die sexistische und rassistische Aussonderung in der Gesellschaft ist die wichtigste Waffe des Kapitals, die Ausgebeuteten nicht zur gemeinsamen Aktion kommen zu lassen.

Diese Unterdrückungswaffe war natürlich dem STalinismus in der DDR nicht fremd. Die Feindlichkeit gegen PolInnen, VietnamesInnen, AngolanerInnen u.a. ist in der DDR-Gesellschaft tief verankert und wurde von den stalinistischen Machthabern mit Sonderbehandlung dieser Gruppen verstärkt. Hier wie in der BRD ist Rassismus schon immer ein wichtiges Spaltungs- und Unterdrückungsinstrument gewesen. Der jetzt vorhandene deutsche Nationalismus bringt den extistierenden Rassismus und Sexismus erst recht zum Kochen.

Der deutsche lohnabhängige Mann funktioniert bestens, wenn er seinen Haß und Herrschaftsanspruch gegen Frauen und andersfarbige Menschen richtet.

Es ist aber noch lange nicht entschieden, ob die Pläne des deutschen Imperialismus aufgehen. Die antistalinistische Bewegung in Ost- und Südosteuropa haben dem Kapitalismus nicht nur die freie Bahn geschaffen, sondern erwarteten von diesem in erster Linie ein besseres Leben. Wenn das Kapital die Einkommensforderungen nicht erfüllt, so sind massive Kämpfe zu erwarten. Die Ausgebeuteten dieser Regionen werden sich dann auch gegen das Kapital wenden, wenn sie Armut und Hohn statt hoher Löhne ernten.

Unser Kampf sollte sich gegen die sexistische und rassistische Unterdrückung und Spaltung wenden. Die Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen von AusländerInnen müßte unser Anliegen sein. Die politische Agitation sollte sich besonders mit den Lebens- und Kampfbedingungen von AusländerInnen auseinandersetzen und dies verbreiten. Die BRD- und DDR-Linke hat dies allzuoft übersehen oder als Nebenwiderspruch abgetan. Es muß Schluß sein, sich mit linken Kozepten an der Krisenlösung der Machthaber an Runden Tischen oder in Parlamenten zu beteiligen.

KEINE ZUARBEIT FÜRS KAPITAL!

(Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung: Für mich als Internationalist ist es sehr befremdend, daß auf dieser Demo so viele nationalstaatliche Fahnen getragen werden!)

Autonomer Familienausflug zur "internationalistischen" Anti-AKW-Demo nach Stendal



Am Sonntag den 11. März fand eine Demonstration gegen das geplante AKW in Stendal an der Elbe, ca 150 km westlich von Berlin statt. Auf dem Baugelände wird dort seit über 10 Jahren von der staatskapitalistischen Mangelökonomie versucht, vier Reaktorblöcke eines sowjetrussischen Reaktortyps hochzuziehen. Bislang fertig geworden sind - im sozialistischen Gang der Plansollerfüllung für den soundsovielten Parteitag - glücklicherweise nur zwei bombastische Kühltürme und gerademal ein Drittel von einem AKW-Block. Ansonsten rosten einen Haufen Stahlrohre, Baubuden und sonstige Gerätschaften freundlich vor sich hin. Offenbar scheinen die Genossen Bauarbeiter dort in den letzten Jahren mit einen netten Lenz einen konsequenten Kampf gegen die Arbeit geführt zu haben. Auch aus diesem Grund möchten wir an dieser Stelle die 'Helden der Arbeit' noch einmal von ganzen Herzen grüßen.

Als wir von der Demo hörten, war es für eine Reihe von autonomen GenossInnen schnell klar, daß sie große Lust hatten, sich daran zu beteiligen. Einige von uns haben sich in der Anti-AKW-Bewegung politisiert und in diesem Bereich eine jahrelange politische Praxis entwickelt (Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf, Siemens-KWU-Kampagne). Die von uns gegen die Atomenergienutzung entwickelten Argumente haben sich durch Tschernobil noch einmal auf traurige Weise bestätigt und sind in der BRD einen großen Mehrheit der Bevölkerung wohl bekannt. Sie brauchen deshalb an dieser Stelle auch nicht mehr aufgeführt zu werden. Zwar haben sich so gut wie alle Autonomen in West-Berlin spätestens nach der IWF-Kampagne aus der praktischen Anti-AKW-Arbietzurückgezogen, dies stellt jedoch insgesamt unsere vielen positiven Erfahrungen in der Geschichte in der Anti-AKW-Bewegung nicht in Frage.

In der Vorbereitung gab es es unter uns ein paar kontroverse Diskussionen über den Charakter unserer Beteiligung an der Demo. Die Standpunkte reichten von "Einfach-mal-gucken-wer-kommt" bis hin zu "rauf-auf-das-Baugelände-umsoviel-wie-möglich-kaputt-zu-machen". Für die erste Position sprach, daß die DDR für uns ein anderer Staat ist mit eigener Kultur und Geschichte. Es ist falsch, als Autonome dort mit unsereren

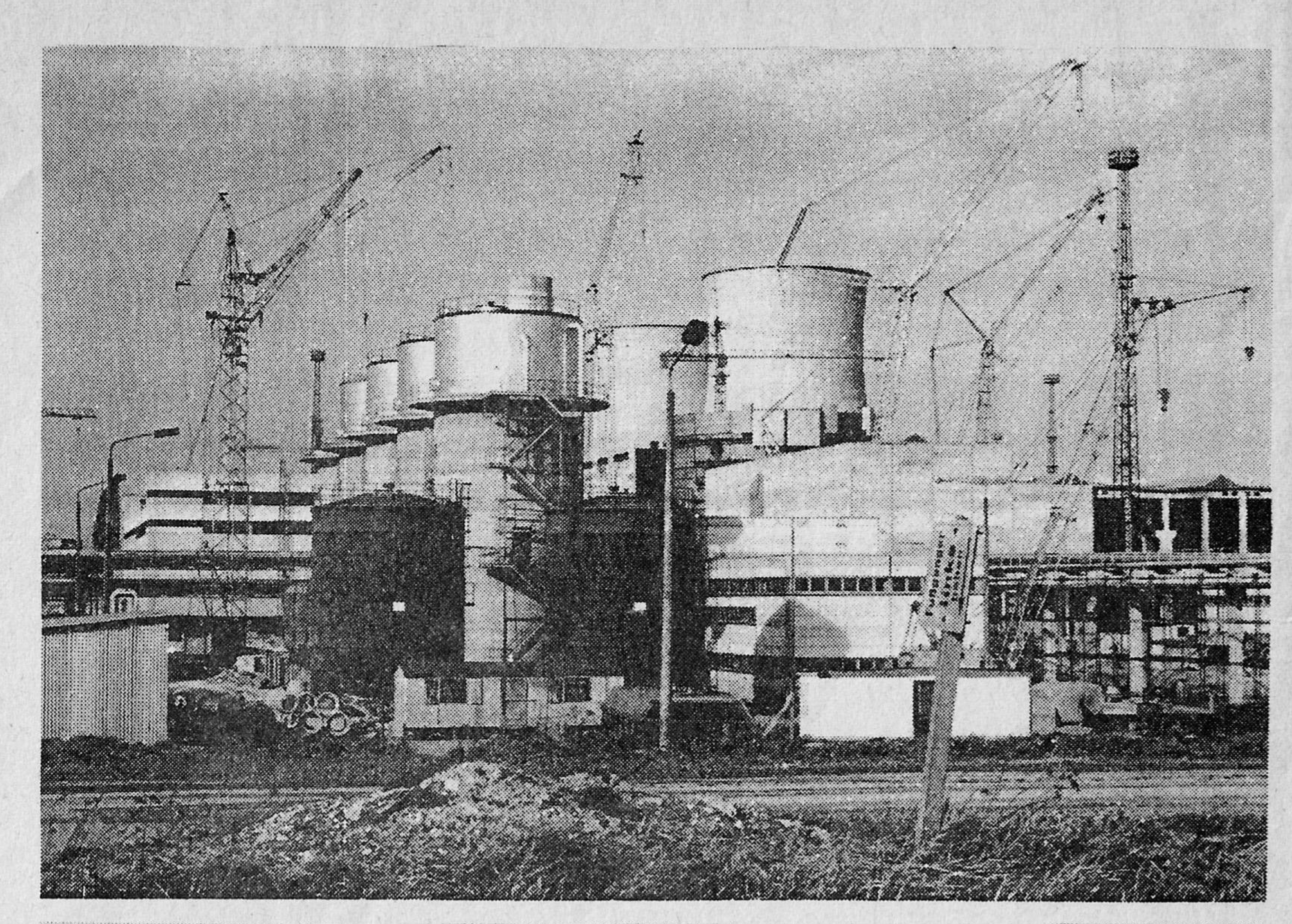


Demonstrationsformen aufzutauchen und an allen anderen DemonstrationsteilnehmerInnen putschistisch unsere Aktionen durchzuziehen. Aus diesem Grund stieß auch der Aufruf aus Hamburg für einen "starken autonomen und antiimperialistischen Block" auf Unverständnis und Kopfschütteln. Für die andere Position sprach, daß es vor dem Hintergrund unserer Geschichte selbstverständlich ist, Atomanlagen überall daanzugreifen, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Es kann nicht angehen, alle Erfahrungen mit neuen Leuten immer wieder von vorne zu machen. Relativ schnell bestand Konsens darin unter allen Umständen einer Konfrontation mit den Volkspolizeibullen auszuweichen. Nach unserer gemeinsamen Einschätzung wäre ein `Putz' zwischen denen und den `westdeutschen Chaoten' in den darauffolgenden politischen Auseinandersetzungen gegen uns gekippt. Auf der anderen Seite wurde massiv die Befürchtung laut, daß wenn wir einfach "nur-hingehen-um-zu-gukken", diese ganze Aktion zu einer allgemein-moralischen Betroffenheits- und Schweigedemo von grünen Reformdemokraten aus der BRD und der DDR werden würde. Lange kontroverse Debatten, nicht gelöste Fragen, kurzer Sinn: Wir beschlossen ersteinmal gemeinsam mit handelsüblichen Seitenschneidern, Spraydosen, Musikinstrumenten, Fahnen und Megas `bewaffnet' nach Stendal hinzufahren, um zu "gukken-was-möglich-ist".

Die Demo war hauptsächlich von Funktionären der BRD-Grünen, der BI-Lüchow-Dannenberg und einigen Menschen aus dem Neuen Forum und der

DDR-Grünen vorbereitet worden. Wie zu erfahren war, bestand ein wesentliches Anliegen dieser Gruppen darin, mit den Volksbullen eine "Sicherheitspartnerschaft" gegen die `Chaoten' zu schmieden. Die Demo, an der knapp 5000 Menschen teilnahmen war im Verhältnis 3 zu 1 West dominiert. Die relativ geringe Beteiligung aus der DDR erklärt sich zum einen daraus, daß aufgrund der im Vergleich zur BRD geringeren Motorisierung längere Entfernungen ein viel größeres Problem sind, um weite Strecken zu Demos zurück zu legen. Auf der anderen Seite scheinen sich kaum linke DDR-Gruppen an der Mobilisierung gegen Stendal beteiligt zu haben. Die Gründe dafür lassen sich nur vermuten: Neben den aktuellen Wahlkampfstreß scheint ein Grund jedoch darin zu liegen, daß die DDR-Grünen auch mit massiver Unterstützung bundesdeutscher Grünen-Realos jede Zusammenarbeit mit linken Gruppen geblockt haben. Auf westdeutscher Seite gab es es breite Beteiligung von grünen ParteimitgliederInnen an dieser ersten "deutsch-deutschen Anti-AKW-Demo", ein paar Parlamentsbonzen dieser Gruppierung waren ebenfalls anwesend.

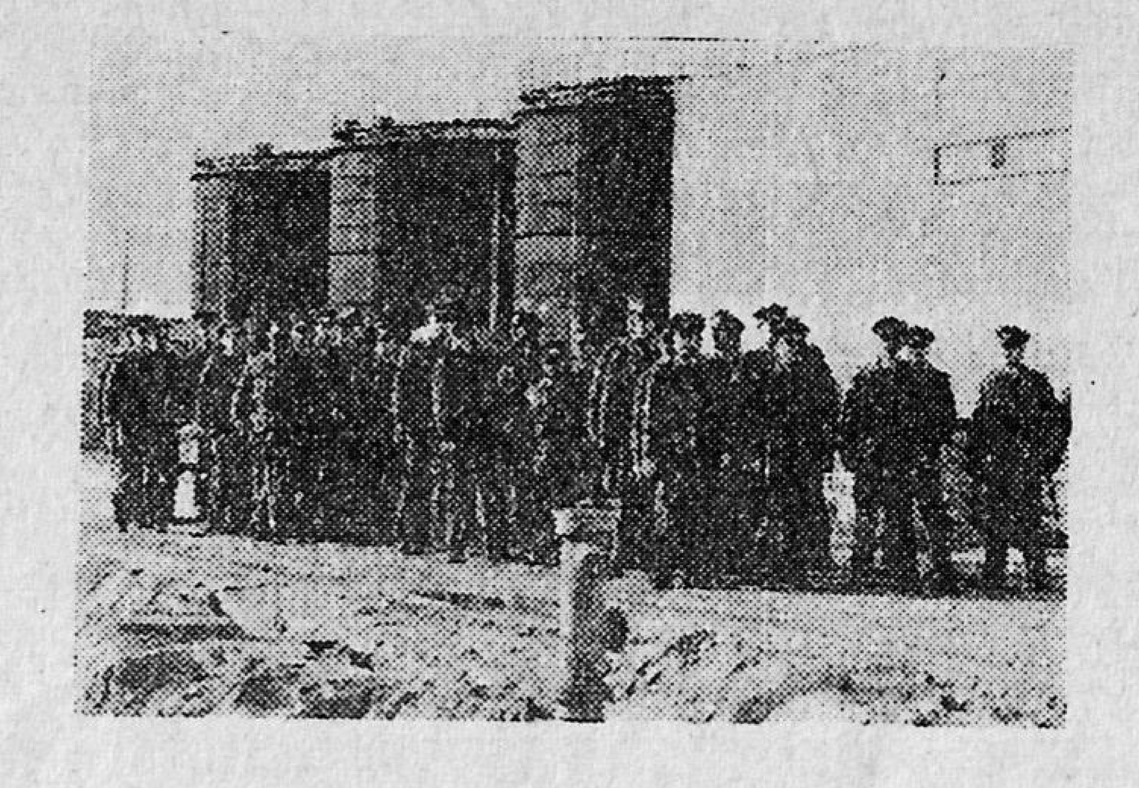
Wir reihten uns im vorderen Drittel des Demozuges ein, der insgesamt mit vielen Fahnen und Transparenten ein zwar buntes jedoch irgendwie ein zu sauber gelecktes Bild aus dem West-Werbefernsehen abgab. Nachdem die Spitze der Demo das Baugelände erreicht hatte, gingen ziemlich viele Leute direkt an den Zaun. Manche hängten Tafeln daran, andere nutzten die Gelegenheit zu einer kurzen Sichheitsüberprüfung, die ergab, daß das Baugelände nicht 'ordnungsgemäß' gegen das Betreten von AtomkraftgenerInnen gesichert war. Dies machten sich etwa 200 Leute für eine Besichtigung und Fortsetzung der Demonstration auf dem Baugelände zu Nutze. In nur kurzer Zeit wurden die unnütz vor sich hinrostenden Stahlrohre mit zutreffenden bunten Parolen wie z.B. "was'n Rostkram hier" und "Hier entsteht die Atomrunine Stendal" verziert. Von ein paar Mitgliedern des neuen Forums gab's hektische Aufforderungen sofort mit den "Gewalttätigkeiten" aufzuhören und vom Baugelände wieder herunter zu gehen, die jedoch freundlich ignoriert wurden. Als die Volksbullen etwas verschüchert auf die BauplatzbesucherInnen zurückten und der gesamte Demozug bereits weitergezogen war, gab's über Megas ein organisiertes Verlassen des Baugeländes, um den Anschluß an die Demo nicht zu verlieren. In der weiteren Folge gab's mit vielen DemonstrationsteilnehmerInnen zum Teil heftige Debatten über diese Aktion,







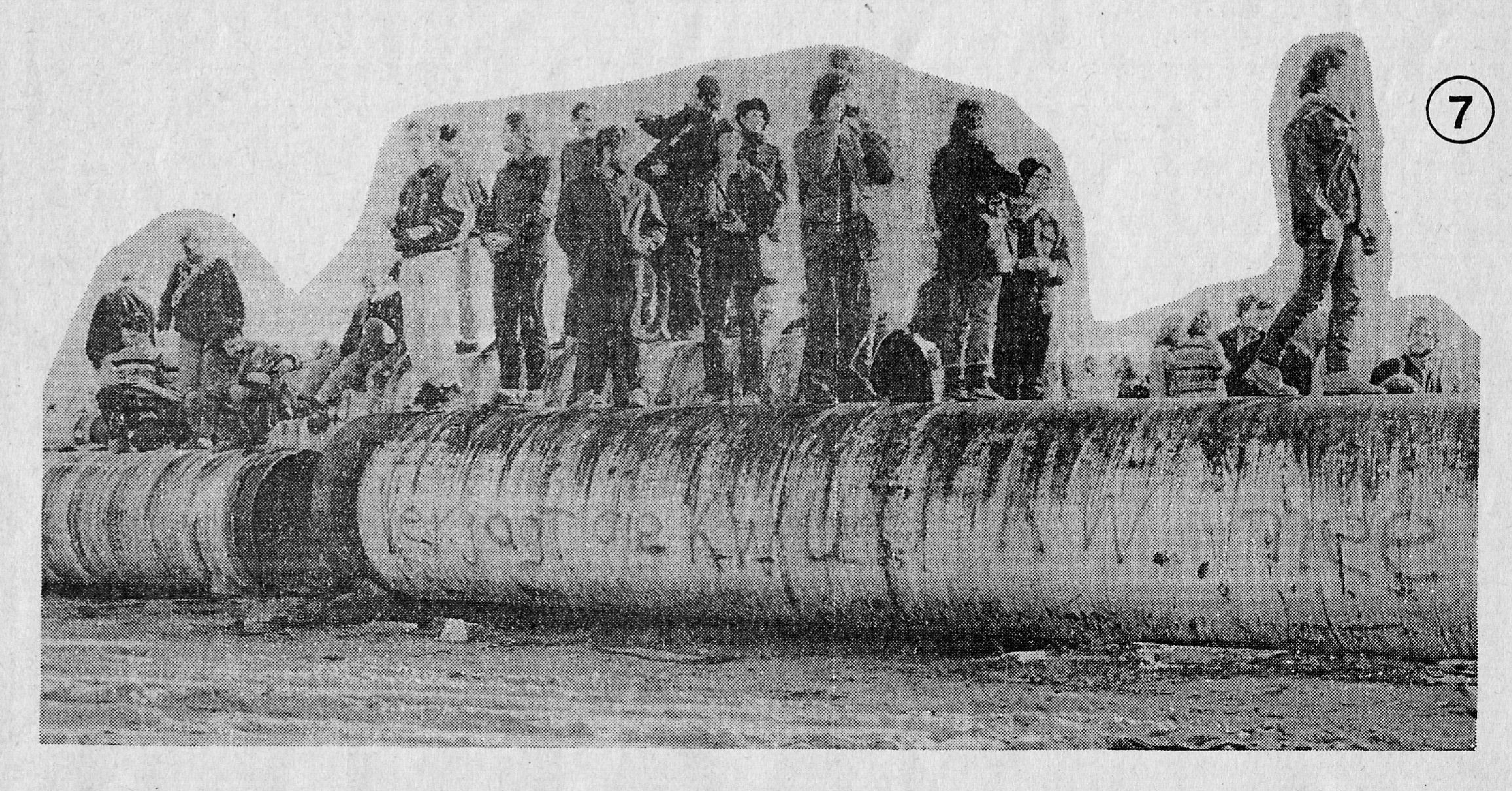
wo die BauplatzbesucherInnen mit dem ganzen Repretoire der legalistisch-gewaltfreien Argumentationslinien aus den letzten 15 Jahren traktiert wurden. Angefangen von "bezahlten Provokatueren, die nur den Rechten nützen", "autonomen Chaoten, die nur Gewalt um der Gewalt willen wollen" bis hin zum Vorwurf wir würden die "gewaltfreie Revolution in der DDR nicht respektieren". Es ist bemerkenswert, daß ein Teil dieser Leute, die den "Einmischungsvorwurf" erhoben, sich keineswegs daran störten, daß etwa 80% der Redezeit auf der Kundgebung von westdeutschen SprecherInnen in Beschlag genommen wurde. Zum Inhalt der allermeisten Redebeiträge sei nur kurz vermerkt, daß es gerade westdeutsche Funktionäre der Reformgrünen immer gut verstanden haben in langen unnütmzen Reden einen haufen Scheiße zu verbraten. Wir wären alle sehr dankbar dafür, wenn sie sich in Zukunft darauf beschränken würden in ihren Parlamenten die Nationalhymne zu gröhlen, anstatt den Leuten Sachen zu erzählen, von denen sie selber wissen daß sie nicht stimmen. Jedenfalls erinnerte die Kundgebung in Stendal eher an eine grüne Wahlkampfdemonstration. Wir wollen's an dieser Stelle mit der Nörhgelei bewenden lassen, von den deutschen Grünen ist ohnehin nichts anderes zu erwarten. Die Kundgebung war kein witziger und widerspenstiger Ausdruck einer Anti-AKW-Bewegung, die sehr wohl ihre Mittel klug einzuschätzen weiß und sie sich trotzdem niemals hat von irgendwem vorschreiben lassen. In diesem Sinne war der Bauplatzbesuch eine kleine entschiedene Geste, um den Verantwortlichen zu signalisieren, daß wir weder dort noch irgendwo anders ein



AKW, ob nun von Siemens oder wem auch immer dulden werden.
Die nur schwer erträgliche Kundgebung wurde jedenfalls von einer Reihe von Leuten mit Spraydosen intensiv dazu genutzt, ihre Meinung gegen den ganzen Atomscheiß an den Mauern und Wändern der Verwaltungsgebäude kund zu tun. Im Werkseingang wurde für die AKW-MalocherInnen die 0-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geordert. Der Rückweg von der Kundgebung wurde noch einmal dazu benutzt, den Zaun um das Baugelände kurz und klein zu schneiden. Vielleicht wurde auch deshalb in allen Meldungen auf diese Aktionen hingewiesen, weil die Kundgebung ohnehin nichts ausgedrückt hat. Die Unterstellung in einigen Pressemeldungen, daß "alkoholisierte Chaoten" whärend der Demo einen Schaden von 500000 Mark angerichtet haben sollen, weisen wir auf's entschiedenste zurück. Die Schmierenjournalisten mit den Schnapsfahnen wissen genau, daß für uns immer noch gilt: "Kein Alk bei Demos und Aktionen." Und falls es sich bei den 500000 Mark um die Scheine mit dem Karl-Marx-Kopf handeln soll, dann muß an dem Tag der Demo der Schwarzmarktkurs von West auf Ost-Kohle bei weit über 1:100 gelegen haben...

Derzeit ist es nicht ganz klar wie es genau im Energiebereich der DDR im allgemeinen und im Stendal im besonderen weiter geht: Fakt ist, daß der wahnsinnig hohe Verbrauch an Braunkohle zur Energieerzeugung in der DDR aus ökologischen und ernergieökonomischen Gründen genausowenig vertretbar ist wie eine AKW-Nutzung. Auf der anderen Seite existiert eine unbestreitbare Energiemangelsituation in der DDR, die schnelle Lösungen erfordert. Der jetzige DDR-Energieminster Pflugbeil vom Neuen Forum hat vorgeschlagen, für eine "Übergangszeit" von 10 Jahren Atomstrom aus der BRD zu importieren. Wir lehnen das natürlich auf's schärfste ab. Raus kommen wird dabei nur, daß sich die steinreichen Energieversorgungskonzerne aus der BRD mit einem DDR-Anschluß goldene Nasen verdienen werden und die AKW's natürlich nach dieser komischen Übergangszeit weiter betreiben werden, weil's doch so schön 10 Jahre lang geklappt hat ... Stendal ist derzeit glücklicherweise immer noch ein Torso und wir wünschen uns nicht sehnlicher, als daß das so bleibt. Das wird sich vermutlich dann ändern, falls der Siemens-KWU Konzern dort einsteigen sollte. Erste Kontakte in diese Richtung hat es bereits gegeben. Für diesen Fall würde eine Situation entstehen, wo wir als Autonome überlegen sollten, wie wir trotz der deutsch-grünen Ökologiemafia diesem Schweineprojekt Knüppel in den Weg werfen könnten.

Lotte, Lisa, Kuddl und noch'n paar andere Autonome aus Rest-Berlin



Tips von der ARD für DDR-Reportagen

Was bei Goebbels früher "Anweisungen" genannt wurde, sind jetzt "Hilfestellungen"

Ohne jeden Kommentar veröffentlicht die HR Auszüge aus den monatlich erscheinenden "Hilfestellungen für die Berichterstattung bundesdeutscher Korrespondenten aus der DDR" - in diesem Falle der Ausgabe II/90 - wie sie offensichtlich als Dienstanweisung von der ARD herausgegeben und auch befolgt werden. Wir veröffentlichen das Papier in seinen wesentlichen Aussagen:

"(...) vergewissern Sie sich zunächst vom ordnungsmäßen Zustand des Berichtsschauplatzes, inbesondere, daß sich kein unbelehrbarer wie diskussionsfreudigerr Sozialist in Reichweite Ihrer Kamera/Ihres Mikrophons aufhält, der Ihre Gesprächspartner aus der Bevölkerung durch Einwürfe an unpassender Stelle verunsichern oder den schlüssigen Aufbau Ihres Beitrages durch unerwünschte Ergänzungen(...)

(...) Spuren des allgemeinen Verfalls zu finden und versäumen Sie nicht, erläuternd darauf hinzuweisen, was 40 Jahre Sozialismus aus einem blühenden Land machen können. Bilder leuchtender Kinderaugen vor Spielwaren aus der Bundesrepublik taugen hier zur Ergänzung (...)

(...) überprüfen Sie auf jeden Fall, ob Sie das Bild vom 'rollenden Zug' der Wiedervereinigung Deutschlands adäquat in Ihren Text eingebaut, diesem datumsgemäß bzw. ereignisentsprechend 'freie Fahrt, nicht mehr zu stoppen, umzuleiten, zu verlangsamen' attestiert und auch die entsprechenden Accessoires - Weichensteller, Bremser, Lokführer, Heizer, Bahnsteigkarte - bestmöglich plaziert haben.

(...) Spekulation über wirtschaftliche Macht oder die militärischen Möglichkeiten eines wiedervereinigten Deutschlands führen bekanntlich ins Nichts. Vermeiden Sie sie strikt! Im Gespräch damit konfrontiert, übergehen Sie sie schweigend oder verweisen gelassen auf europäischen Hausbau resp. zukünftige Friedensordnungen, was umso leichter fällt, da sie meist in der Form heftiger, emotional gefärbter Polemiken vorgetragen werden.

(...) den Runden Tisch angeht, gestatten Sie sich gelindes Unverständnis (mimisch flankiert) über die Unflexibilität und Weltfremdheit der politischen Amateure in Ost-Berlin, denen der Ernst der Lage offensichtlich immer noch nicht aufgegangen sei, wenn sie neue Vorleistungen ohne erkennbare Anstrengungen (...)

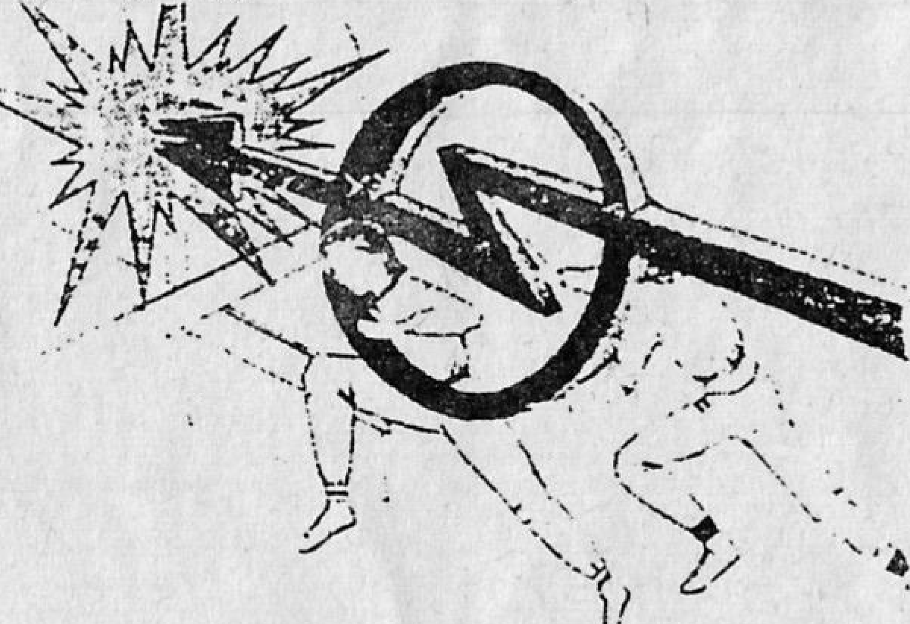
(...) doch auf jeden Fall an geeigneter Stelle den Hinweis fallen, daß Übersiedlung in die Bundesrepublik auf keinen Fall ein Beitrag zur Lösung der derzeitigen ernsten Probleme darstelle, im Gegenteil gerade jetzt jede/r an ihrem/seinem Platz gebraucht werde, nur mit Mitwirkung aller Demokratie nach westlichem Muster und soziale Marktwirtschaft aufzubauen und die derzeitigen ernsten Probleme zu lösen seien und im übrigen die Lebensbedingungen in den Aufnahmelagern der Bundesrepublik Anlaß zu ernster Besorgnis(...)

(...) und beschließen Ihren Beitrag mit einer Pointe, die den Verfall des Systems noch einmal sinnlich erfahrbar symbolisiert: rostbedeckte Hämmer und Sichel, ausfransende rote Fahnen, gebeugt umherspazierende ehemalige ZK-Mitglieder und Berge von Blusen für Junge Pioniere, die leise vor sich hinstauben, während es an Südfrüchten immer noch mangelt."

(Hamburger Rundschau)
HR, 22.2.90

Zum Inhalt dieser Broschüre:

Diese Broschüre haben wir gemacht, um diese Zusammenhänge genauer herauszuarbeiten, und um die wirklichen Hintergründe und Ursachen der heutigen Wohnungsnot aufzuzeigen.
Die Wohnungsnot ist kein Platzproblem, sondern ein Verteilungsproblem !
Sie ist nicht " neu ", sondern im Gegenteil " uralt " !
Und sie ist und war schon immer eine Frage des Einkommens !
Das haben wir in dem Beitrag " **Die Häuser Denen, die drin wohnen** " genauer und ausführlicher dargestellt, und uns ein paar Gedanken über die Ziele und Perspektiven unseres Widerstands gemacht.
Außer dem haben wir noch etwas zum **Ort der Reproduktion** als einen **Ort der Vergewaltigung** geschrieben.
Das Wohnen beinhaltet ja mehr als nur das sprichwörtliche " Dach über dem Kopf ", sondern kann und soll auch ein Ort der eigenen Kultur und der persönlichen Entfaltung sein. Patriarchale Strukturen und sexistische Gewalt ist es aber, die gerade diesen Bereich-außer-halb-der-Lohnarbeit prägt.
In dem Beitrag " **Der technologische Angriff auf den Menschen** " geht es dann um den Zusammenhang von High-Tech- Forschung und Produktion in Bremen, und inwieweit die Umstrukturierung der (Innen-)Stadt davon ganz Wesentlich beeinflusst ist. In diesem Zusammenhang ist uns auch eine Klarheit über die Funktion der **Bremer Uni als " Kaderschmiede der Wirtschaft "** wichtig: dazu gibt's einen kleinen Extrabeitrag.
Auch Bremen wandelt "sein Gesicht": die " **Umstrukturierung der Innenstadt, des Teerhofes und der Vorderen Neustadt zum Wohnort für die neuen ' Führungsschichten ' der modernen kapitalistischen Gesellschaft** " ist Thema des dritten Beitrages und beschreibt, was da alles auf uns zukommt.
Aber nicht nur die Innenstadt soll in nähster Zukunft reichlich "umgekrempelt" werden, auch andere Stadtteile werden von den Stadtplanern in die Zange genommen, wenn wir uns nicht aufmachen, ihre Pläne zu ver- oder wenigstens zu be-hindern: die " Bremische ", die in der jüngeren Vergangenheit wesentlich an der Sanierung des " Viertels " (Ostertor/Steintor) beteiligt war, hat ihre Krallen auf das Lindenhofviertel in Gröpelingen ausgestreckt. Demnächst soll die " **Sanierung im Lindenhofviertel** " in Angriff genommen werden, und (nicht nur) deshalb haben wir auch dazu noch etwas ausgearbeitet und uns ein paar Gedanken darüber gemacht, was wir konkret " verteidungswert " halten und warum.



Wir erhoffen uns von dieser Broschüre, daß sie einen " Gebrauchswert " hat. Das sie die geneigte Leserin weder überfordert, noch das sie nach (hauptsache nicht vor) dem Lesen nicht einfach so im Bücherregal verschwindet.
Wir wollen im Gegenteil damit eine Diskussion anstoßen helfen, und hoffen darauf, daß wenn hier etwas " auf der Straße" in Bewegung kommt, sich diese Initiativen nicht darauf reduzieren, " Mehr Wohnungen " oder Ähnliches zu fordern, sondern versuchen, das Übel an der Wurzel zu packen... !

DIE HÄUSER DENEN, DIE SIE BRAUCHEN



- **Das Geschäft mit der Wohnungsnot**
- **Der technologische Angriff**
- **Umstrukturierung und Sanierung der Innenstadt des Teerhofes & der Neustadt**

Kontaktadresse:
BBA - Laden
c/o " Aufbrüche "
St. - Paulistr. 10
2800 Bremen 1

WIR TRAUERN UM UNSEREN PAKISTANISCHEN FREUND AZHAR,

DER LETZTE WOCHE, IM ALTER VON 40 JAHREN STARB, WEIL ER EIN AUSLÄNDER WAR

Es war schon Abend, als Azhar am 07.01.90 aus dem Institut für Biochemie an der FU herauskam und nach Hause wollte. Vor dem Institut beschimpfte ihn ein Unbekannter mit ausländerfeindlichen Parolen. Weil Azhar jedem unangenehmen Zwischenfall vermeiden wollte, ging er in sein Institut zurück. Der Unbekannte verfolgte und beschimpfte ihn dabei mit rassistischen Parolen wie "Deutschland den Deutschen" und schlug ihn ohne jeden Grund mit einem Feuerlöscher nieder.
Azhar wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Hier starb er nach acht Wochen auf der Intensivstation, in der Nacht vom 5. zum 6.März, an den Folgen seiner Verletzungen. Im Mai dieses Jahres hätte er sein Studium mit einer Doktorarbeit beendet.

Wir alle wissen, daß sich die Überfälle auf AusländerInnen besonders seit dem Wahlerfolgen der Reps und dem am 09.November 89 beginnenden Vereinigungstaumels gehäuft haben. So wurden z.B. im letzten Jahr die beiden türkischen Mitbürger **Üzüm Sadik** und **Ufuk Sahin** aus rassistischen Motiven heraus ermordet; so ist auch Azhar nur das vorläufig letzte Opfer des beängstigend zunehmenden Ausländerhasses.
Nur wenige Fälle von rassistischen Übergriffen sind für die Presse spektakulär. Sie spiegeln den Alltag wieder, in dem das Unverständnis und der Haß gegenüber AusländerInnen sich steigert.
Ist es so schwer aus der Vergangenheit zu lernen? Gerade die deutsche Geschichte zeigt doch eindeutig wohin dieser Rassismus und der Haß gegenüber AusländerInnen und anderen Minderheiten geführt hat. Niemand darf die Augen vor dieser Entwicklung verschließen.
Nicht **"einzelne Täter"** sind am zunehmenden Rassismus schuldig, sondern **jede/r einzelne**, die/der sich nicht im Alltag aktiv dem Ausländerhaß entgegenstellt. Dies beginnt am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und und und...
Gelegenheiten etwas zu tun drängen sich viel zu häufig auf, darum: Endlich Schluß mit dem Ausländerhaß und
TU WAS; DICH HABE ICH GEMEINT; BEZIEHE KLARE STELLUNG GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERHAß!

Wir fordern deshalb:

*** Aufklärung der genauen Todesumstände von Mahmud Azhar und die zur Rechenschaftsziehung des Täters.**
In diesem Zusammenhang interessiert uns besonders, warum die Polizei die ersten beiden Anrufe Azhars ignoriert hat.

*** Wir fordern den pakistanischen Botschafter in Bonn auf, sich bei dem Honorarkonsul in Berlin, Herrn Springer, für die Auslieferung des Täters nach Westberlin einzusetzen.**

*** An der momentanen Stimmung gegen AusländerInnen ist ein großer Teil der Medien mitschuldig. Deshalb fordern wir auch jene Presse auf, deren Leserschaft nicht gerade von Toleranz gegenüber AusländerInnen geprägt ist, über diesen Fall zu berichten und die hetzerische Berichterstattung gegen AusländerInnen einzustellen und stattdessen zu einer Entschärfung der Konflikte beizutragen.**

*** Weg mit dem Ausländergesetz und allen diskriminierenden Erlassen gegenüber ImmigrantInnen und Flüchtlinge.**

Mahnwachen: ab Mittwoch, den 21.3.90 von 17.00 - 19.00 Uhr
(nach der Kundgebung am Breitscheidplatz)
Demo: am Sonnabend, den 24. März 1990, 12.00 Uhr, Breitscheidplatz

Unterstützer/Aufrufer: Studentenverein Pakistans, ImmigrantInnen Politisches Forum, ASTA - FU - AusländerInnenreferat, VFLP Verein zur Förderung linker Politik, Kultur und Bildung, AK - Antifa-Info in Moabit, OROMO - Horn von Afrika Zentrum, Deutsch - Pakistanisches - Forum und Stube Berlin.
V i S d P.: ASTA-FU AusländerInnenreferat

An die männlichen ANTIFAS und andere männliche linke TYPEN

In der letzten Zeit haben Überfälle von Faschos/Skins auf linke Frauen und Lesben total zugenommen.
Es ist klar, das es ihnen darum geht linken Frauen, Die alleine auf der Straße sind d.h. ohne männliche Begleitung, also offenbar sich selbst genug, denkzettel zu verpassen.
Zu der ohnehin ständigen Bedrohung der sexuellen Übergriffe, die von jedem(auch linken)Mann zu jeder Zeit ausgehen kann und die ständige wachsamkeit von Frauen verlangt, kommen jetzt noch diese Faschoübergriffe hinzu.
Angesichts dieser Situation. in der sich linke Frauen nicht nur in westberlin befinden,empfinden wir es als Unverschämtheit, wenn linke Männer in Aussehen und Gehabe erstmal nur durch einen "Nazis zerschlagen"-Aufnäher am Überarm von Faschos zu unterscheiden sind.
Da hallen dann nachts die schweren Springerstiefelschritte und es ist ein Antifa.
Da denken Frauen beim Patrouille laufen"jetzt gehts gleich ab" und es sind Typen von der Antifa.
Wir erwarten nicht nur, das ihr euch über Glatzen, Springerstiefel, Bomberjacken und reichlich mackermännliches Auftreten Gedanken macht, sondern das daraus auch was folgt.
(Und damit sind jetzt nicht nur Typen mit Glatzen gemeint.
Auch auf Typen mit Haaren trifft das oft zu.)
Einige ganz schwer genervte Frauen

Wir haben unsere Wut rausgelassen

In der Nacht vom 15. auf den 16. März haben wir von Sexshops in Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg die Schlösser mit Sekundenkleber zugeklebt.
Für den Anfang haben wir diese Aktionsform gewählt, weil sie problemlos zu organisieren und leicht auszuführen ist—sozusagen im Vorbeigehen.
Jeden Tag, jede Nacht diese angestaute Wut,
dann der achte März...
Da war klar, jetzt muß sie raus,
raus auf die Straße
und zurückgeschlagen.

GEILES GEFÜHL

Dieses war der erste Streich,...

Einige lebende Frauen

Viva la anarchafeminista!!!!

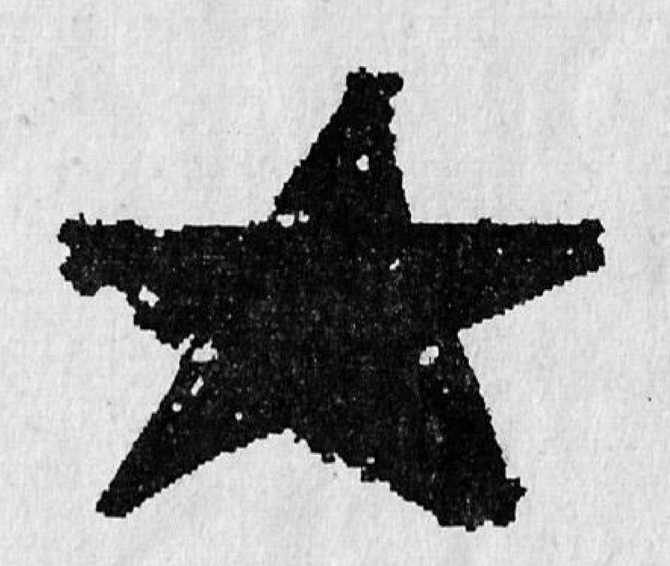
Zur Politik der Frauenzusammenhänge, zum Befreiungsprozeß, unsere Erfahrungen.

BRIEF VON EVA UND GISEL (GEFANGENE AUS DER RAF)

GRUSSWORT VON EVA, GABI, GISEL, INGRID, und SIGRID AN DIE FRAUEN AUF DER 8. MARZ DEMO VORM KNAST IN FRANKFURT PREUNGESHEIM

liebe frauen -
wir freuen uns, daß ihr heute am internationalen frauentag wieder hier vor dem knast seid und eure solidarität mit den gefangenen frauen und uns politischen gefangenen zum ausdruck bringt.
wir wollten euch ursprünglich zu der kundgebung hier direkt was schreiben. aber daraus ist ein längerer brief geworden von eva und gisel an euch alle. es sind einige überlegungen zur politik der frauenzusammenhänge, zum befreiungsprozess insgesamt, unseren erfahrungen darin.

revolutionäre und kämpferische grüsse von
eva, gabi, gisel, ingrid und sigrid



wir wollen zum internationalen frauentag, an dem ihr mit euren initiativen und auch solidarischen aktionen zu uns revolutionären gefangenen frauen auf die strasse geht, einige gedanken sagen zu den fragen, die in der diskussion von frauen mit einzelnen von uns aufgekommen sind.

aber zuerst zur situation, aus der wir reden: es ist aus der diskussion zwischen uns beiden. solang wir nicht in großen gruppen zusammengelegt sind, kann das ganze projekt diskussion mit uns als kollektiv, umfassender austausch und verständigung über alle fragen, die für die weiterentwicklung des revolutionären prozesses wichtig sind, nicht verwirklicht werden.
die zusammenlegung steht für uns weiter im zentrum

es geht dabei um unser leben und die trennung davon zur politik und diskussion gibt es nicht. das

würde sonst genau die sorte `politik`werden, die uns hier ständig begegnet, die sich aus ansichtssachen und hier und da mal eine initiative zusammensetzt, in wirklichkeit keine revolutionäre politik ist und nie zu einer starken kraft werden kann.
dass wir teil des gesamten revolutionären prozesses werden können - das ist eine praktische interventionslinie von kampf und diskussion, von unserer wiederherstellung im kolletiven lebens- und arbeitsprozess nach jahrelanger isolation, von durchsetzung unserer zusammenlegung bis zur erkämpfung unserer freiheit, denn erst dann werden wir es wirklich sein können.
das ist ein aus den 2o jahren politische gefangene hier `organisch` gewachsener zusammenhang; jedes politikverständnis, das ihn auftrennen will, ignoriert die tatsache von so vielen jahren isolation und kampf dagegen und die reale politische auseinandersetzung, in der sie steht.

das betrifft nicht nur unsere sache hier drinnen, tatsächlich ist es so, dass die hunderterlei auftrennungen, spaltungen und reduzierungen des `befreiungs- und kampfbegriffs eines der probleme ist, das viel darin behindert, gemeinsam das hauptsächliche problem aufzubrechen: die macht mit der wir alle konfrontiert sind.

was wir heute zu euch frauen sagen wollen, dreht sich viel um das politikverständnis, auf das wir in sporadischen diskusssionen und dem was wir alles mitbekommen, in der politik von frauen immer wieder stossen.
es ist klar, das kann nicht die aktuellen fragen beantworten, die sich aus der sich rasend schnell verändernden politischen situation für alle stellen.
aber, das denken wir, veränderungen im politikverständnis gehören dazu, damit sich hier neu eine revolutionäre kraft bilden kann und so ein sprung nach vorn im umwälzungsprozess entsteht, den die ganze situation verlangt- oder die politik des brd-staats, der auf allen ebenen durchbrechende chauvinismus, rassismus und sexismus wird stärker bleiben und die versuche, dagegen zum politischen faktor zu werden, werden sich totlaufen.

was für uns ein starker ansatz in den frauenzusammenhängen ist, was uns nah ist: dass sie da wo sie widerstand entwickeln, darauf bestehen, dass die elende trennung zwischen dem kampf gegen die macht und befreiung - die hier, wo denn anders als in den beziehungen der menschen als erstes materiell wird - aufgehoben wird;
das andere ist ihre gesellschaftliche- politische bedeutung: im kampf der frauen wird ein zentraler nerv des herrschenden systems freigelegt, wird der schleier weggerissen von der täglichen vergewaltigung, der frauen unterworfen sind und es wird die realität gesellschaftlicher strukturen gezeigt und angegriffen, in der die frauen für immer dazu verdammt sein sollen sollen NICHTS zu sein.

und wir sehen, dass es ein weltweiter prozess ist: trotz unterschiedlicher konkreter lebensbedingungen und erfahrungen ist er überall gleichzeitig da, es ist ein historischer aufbruch der frauen, die jahrhundertealte unterdrükkungstraditionen durchbrechen, sich ein neues selbstbewußtsein erobern, ihre eigene geschichte entdecken und ihr recht auf identität, würde und selbstbestimmung auf die tagesordnung setzen.
die revolutionären prozesse sind überall dadurch geprägt, dass frauen darin eine viel größere rolle spielen als bisher und die revolutionären projekte mitbestimmen.
wir denken, dass dieser aufbruch auch ein notwendiges produkt der erfahrungen aus den ersten sozialistischen revolutionen und ihrer geschichte ist, wie auch aus den revolutionären prozessen im süden; ausdruck davon, dass die auftrennung in `haupt- und nebenwidersprüche` die unterordnung der frauenbefreiung aufgesprengt werden muss und die frauen, die jetzt überall kämpfen, haben erkannt, dass sie das nur selbst tun können: indem sie subjekte der befreiung werden, teil des revolutionären subjekts.

gleichzeitig sind diese neuen kämpfe eine folge der sich weltweit verschärfenden unterdrückung, zerstörung von lebensbedingungen und leben überhaupt, von der frauen stark betroffen und deshalb gezwungen sind, ihren widerstand dagegen zu organisieren.
aus beidem zusammen liegt in den kämpfen der frauen ein potentiell revolutionärer sprengstoff.
und aus vielem, was wir von frauen hier mitbekommen haben, können wir uns vorstellen, dass von ihnen ein starker anstoss für den jetzt notwendigen neuen aufbruch der revolutionären bewegung kommt.

aber damit das möglich wird, ist auch eine kritische reflektion der politik notwendig wohin es in vielen frauenzusammenhängen geht.
unsere kritik richtet sich gegen bestimmte tendenzen in der frauenbewegung.
das wollen wir klar sagen, es geht uns nicht um generalisierungen.

die gründe, warum in den letzten jahren sich immer wieder und immer mehr frauen autonom organisieren, verstehen wir als den ganzen zustand in der linken.
was in der politik vieler frauen daraus gezogen wird, ist aber nicht der bruch damit, sondern ein vereinfachter umkehrschluss.
und es ist auch trügerisch zu glauben, dass die linke hier dadurch revolutionär wird, dass nun `feministische ansätze` verbal in den verschiedenen linken zusammenhängen präsent sind. die ursachen des chauvinismus in grossen teilen der linken und auch in widerstandsstrukturen sind nicht einfach in dem widerspruch zwischen männer und frauen zu finden, auch wenn sie sich so auswirken, dass das so ist wissen wir.
die ursache ist, dass das ziel: befreiung - und der kampf darum aufgegeben wurde. aufgegeben - da, wo es überhaupt mal enthalten war.
es ist eine verwechslung zwischen ursache und wirkung, wenn die politik, die was anderes will, daraus gezogen wird, "weil die männer niemals freiwillig ihre privilegien aufgeben", wie ihr in eurem flugblatt sagt.

eine starke, eigenständige poli-

Vollversammlung der TA 2 in Moabit

teilnehmer : 25 insassen der ta 2
(vorbereitungsgruppe der insassenvertretung)
(3 schul/gesprächsgruppen)
die freie mitarbeiterin frau wehmhöfer
von der justizverwaltung(abt.5) herr freisewinkel
herr blümel
von der anstaltsleitung herr pohl
protokollführer: der gefangene herr dähn ,

*

Wegen krankheit konnte der leiter der ta 2 nicht teilnehmen,in vertretung nahm herr pohl seitens der anstaltsleitung teil. vom anstaltsbeirat konnte keine/r der einladung zur ersten vollversammlung folgen,weil die einladung erst am 06.03. wahrgenommen wurde .
nach kurzer feststellung,das erstmalig in dieser form ein gespräch zwischen insassen der jva moabit haus 2 und der justizverwaltung stattfindet und nach kurzer vorstellung der herren von der justizverwaltung ,wurde das ge--spräch eröffnet. auf grund unzureichender vorbereitung auf diese versam-mlung(die vorbereitungsgruppe der iv sah sich nach langer "zwangs"-pause zum erstenmal dort wieder) verlief das gespräch ziemlich offen von seiten der insassen,so das jeder sein/e anliegen vorbringen konnte .

herr freisewinkel machte sofort am gesprächsanfang klar, das entscheidungen/zusagen beziehungsweise veränderungen am heutigen tag nicht getroffen/be-schlossen werden können, man aber bereit sei einzelne punkte gegebenenfalls zu prüfen/zu überdenken/in naher zukunft zu ändern("eventuell").
mit verwunderung/erstaunen wurden herr freisewinkels weitere äußerungen zur kenntnis genommen,nämlich das auf grund-politischer- verhältnisse,maueröf-fnung,auf ein =GROSS DEUTSCHLAND= hingearbeitet wird und dadurch die ver-waltung für den berliner strafvollzug überfordert sei, desweiteren würde es entscheidende veränderungen jetzt und sofort im vollzug nicht geben , bis klare politische verhältnisse vorlägen ,
eröffnet wurde auch,daß das haushaltsbuget für den justizressort nochmals ge-küzt werde,da im haushalt jede mark gebraucht würde, (r)-
auf problematik von 23stunden einschluss,die rechte der strafgefangenen an-gesprochen wurde klar zum ausdruck gebracht(von herrn pohl), das ein wohn-gruppenvollzug in der jva moabit haus 2 nicht möglich auch nicht geplant sei, die belange der sicherheit ständen in der anstalt moabit nun mal an erster stelle. es wurde auf die drogenproblematik in der jva tegel ver-wiesen , wo man sich angeblich mit den gedanken trägt, erst vor kurzem geöffnete be-reiche wieder zu schliessen etc. darüberhinaus gäbe es pläne die frauen -haftanstalt zu räumen und diesen unter sicherheitsaspekten gebauten knast dann mit "schweren=jungs" aus dem berliner vollzug zu belegen.

VON SEITEN DER INSASSEN WURDEN FOLGENDE PUNKTE VORGEBRACHT:
= schaffung von mehr sportmöglichkeiten
= abschaffung des 23 stündigen zelleneinschlusses
= mehr freizeitangebote/schaffung von freizeiträume
= lägerer freizeitumschluss am wochenende u.feiertags,generelle grosszügi-gere umschluss/aufschlussregelungen für die strafgefangenen in der jva moabit
= aushändigung von elektr.schreibmaschinen,cd player etc
= bessere telefonmöglichkeiten(schaffung von telefonzellen wie in der jva tegel)
= wohngruppenvollzug für strafgefangene der ta, 2

wegen dem großen themenkomplex kamen die anliegen betreffs insassenvertretung/autonomer insassenvertretung(iv) etc. zu kurz. es wurde nochmals zugesagt an der installierung einer iv-vertretung auch von seiten des senats in -tressiert zu sein, die dann zb. die angesprochenen beschwerde - punkte der insassen bearbeiten/beantragen können etc.
zur gründung einer iv. wurden von dem hausleiter der ta 2 herrn maass richt-linien festgelegt mit denen die vorbereitungsgruppe nicht einverstanden ist, bez. wäre eine arbeit unter diesem konzept als iv-vertreter unmöglich.
hier erging ein appell an die justizverwaltung und anstaltsleitung der iv eine möglichst freie arbeit zu gewähren, damit die intressen der gefangenen auch entsprechend vertreten werden können.

ausdrücklich darauf hingewiesen werden soll, das zu keinem der angesprochenen punkte irgendwelche bindende zusagen gemacht wurden seitens der behörden-vertreter, die das gespräch als ein erstmaliges gegenseitiges kennenlernen gewertet wissen wollten, so war es den einführenden worten des herrn freisewinkel zu entnehmen mit denen dieses gespräch begann.

frau wehmhöfer beendete diese vollversammlung mit der aufforderung an die teilnehmenden gefangenen dem herrn pohl seine bemühungen um veränderungen im haftalltag zu glauben und in diesem sinne mit ihm zusammen zu arbeiten!

ein nächstes gespräch auf dieser ebene soll im mai 1990 stattfinden und dann schon wenn möglich mit den gewählten insassenvertretern.

SELBSTTÖTUNGSVERSUCH EINER GEFANGENEN IN DER PLÖTZE!!!

vor ca. 4 wochen schnitt sich eine gefangene (x) die pulsader auf - wurde auf brutale weise verschleppt und danach noch tagelang schikaniert.

x ging es schon längere zeit beschissen, und sie war deswegen auch beim anstaltsarzt steinhauer gewesen. der hatte vera ınlaßt, daß ihre zellentür tagsüber aufbleiben konnte und daß nachts eine andere gefangene bei ihr schlafen konnte.

doch plötzlich ging das angeblich nicht mehr - verantwortlich für diese entscheidung war petra körner, bereichsleiterin in haus 5 (btm-haus).
x ging daraufhin wieder zu steinhauer, wollte, daß er was dagegen unternimmt.
doch steinhauer, der von den faruen in der plötze als sehr konfliktscheu eingeschätzt wird, verschrieb ihr statt dessen rohypnol, ein sehr starkes schlafmittel.
in der zeit, in der x dietabletten nahm, wurde sie immer aphathischer, nahm 6 kilo ab. eines abends hatten x und eine andere gefangene einen streit im gruppenraum, in dessen verlauf auch ein stuhl an die wand flog. eine schluse kam rein und wollte wissen, was los sei. als keine der anwesenden frauen antwortrete, holte die schluse "verstärkung" und alle g efangenen frauen wurden auf ihre zellen gesperrt.

auf ihrer zelle "klinkte" x aus (so sagt sie es selbst) und schnitt sichan einem arm die pulsader auf. gleich darauf kam ne schluse auf ihre zelle und meinte, sie solle sich nen trainingsanzug anziehen; alle frauen kämen übr nachtauf station 6 (das ist ne leere station in haus 5), und im übrigen wär zellenfilze.
als sie merkten, daß x stark blutete, holten sie den anstaltsarzt aus dem jugendknast, der x ins moabiter krankenhaus bringen ließ. dort wurde die wunde gesäubert und genäht. dann wurde sie rübergebracht ins haftkrankenhaus.
x rechnete damit, auf die frauenstation zu kommen. sie merkte jedoch schnell, daß die schluse in richtung bunkerzellen lief. x blieb stehen und weigerte sich weiter zu gehen. sie wollte endweder zurück in die plötze oder auf die frauenstation im haftkrankenhaus. darauf kamen noch 3 schließer (die auch gleichzeitig die funktion von krankenpflegern haben) herbeigerannt. es gab gerangel, und ein schließer packte x brutal auf die frisch genähte wunde, verdrehte ihr die arme, und brachte sie im bullengriff in den bunker. im bunker wurde sie von der schluse gewaltsam ausgezogen, während dieschließer dabeistanden. erst als x anfing rumzutoben, hörte die schluse auf. x war die ganze nacht im bunker.
am nächsten morgen verlangte sie nach ihrem anwalt, oder ihre sofortigr rückverlegung in die plötze, was dann auch geschah.
("normal"-erweise müßte ein arzt nach einem selbsttötungsversuch die"burkerfähigkeit" bescheinigen, aber selbst das hat nicht stattgefunden,

zurück in der plötze, wurde x angeboten, daß eine andere gefangene nachts bei ihr schlafen kann -- allerdings nur unter der bedingung, daß sich beide ab 22 uhr auf die leere station 6 ineine leere zelle sperren kann. das hat x abgelehnt. (bunker zu zweit-oder wie oder was? d.tipperin)
daraufhin wurdesie tagelang nachts beobachtet, d.h. jede stunde kontrolle, tür auf, neonlicht an, wenn sie dei decke über den kopf gezogen hatte, wurde die ihr weggezerrt.
zum schluß war x total mit den nerve n runter.

der selbsttötungsversuch von x ist schon der 2. innerhalb von 6 wochen. schon davor hatte sich eine gefangene die pulsadern aufgeschnitten, weil sie aus dem freigängerinnenhaus nach haus 1 zurück verlegt wurde.

ÜBRIGENS: LAUT BEREICHSLEITERIN KÖRNER, KANN X "FROH SEIN", DASS SIE KEINE ANZEIGE WEGEN WIDERSTAND BEKOMMT !!!!!!!

BERLIN – NOLYMPIC CITY

Wenn es nach dem Willen der Großdeutschland Strategen geht, wird eine Schnapsidee, die Reagan bei seinem 87er Besuch in Westberlin ausgebrütet hat, Realität: Olympische Spiele in Ost- und Westberlin, bzw. bis dahin in <u>einer</u> Stadt.

Viele werden sich jetzt vielleicht an den Kopf fassen und es völlig daneben finden, sich <u>heute</u> schon damit zu befassen. Aber keine Angst, wir haben nicht vor eine 10jährige Kampagne zu entfachen. Dieses Papier soll ein Informations- und kein Agitationsteil sein, deshalb fehlen auch ganz bewußt Sätze wie, "die olympischen Spiele als strategisches Counterprojekt der Schweine entlarven + angreifen." Wir hoffen, daß sich eine Diskussion entwickelt und dann sehen wir weiter...

Also, was kommt im Fall der Fälle auf uns zu, nur ein bißchen Gedränge in der U-Bahn wie beim Kirchentag, ein bißchen Rummel wie bei B 750 oder vielleicht ein Großangriff auf alle, die hier kämpfen/auf das unterste Drittel dieser Gesellschaft einhergehend mit der endgültigen Geschichtsumschreibung der Zeit des Hitler-Faschismus?

Zuerst mal, warum wir es für nötig halten, uns schon jetzt mit dem Projekt Olympia 2000 zu beschäftigen.

Während in der Anfangszeit das Jahr 2004 als Idee genannt wurde, wird in letzter Zeit immer häufiger das Jahr 2000 vorgeschlagen, da die Senatsbüttel ein wenig die Angst treibt, daß Berlin nicht für immer und ewig in den Schlagzeilen der Weltpresse bleibt und sie deshalb so schnell wie möglich Fakten schaffen wollen mit dem Hintergrund, die momentane Berlin-Besoffenheit ausnützen zu wollen und daß sich das IOC (Internationales Olympisches Komitee) dem nicht verschließen kann/will. Es bestehen für diesen Termin allerdings noch einige Schwierigkeiten, die unserer Meinung nach jedoch weggeräumt werden. So werden normalerweise niemals Olympische Spiele zweimal hintereinander in einem Kontinent ausgetragen. Das IOC wollte für 1996 mit Athen eine Ausnahme machen, da in diesem Jahr der hundertste Geburtstag der Olympischen Spiele angesagt ist. Daher sollte Europa nach 1992 (Barcelona) nochmal den Zuschlag bekommen. Das aber würde bedeuten, daß im Jahr 2000 die Spiele mit Sicherheit <u>nicht</u> in Europa stattfinden würden. Jedenfalls war es so gut wie beschlossene Sache, 1996 die Spiele in Athen stattfinden zu lassen. Seit sich jedoch Berlin in den Vordergrund drängelt, sieht die Situation anders aus. So meinte Samaranch (IOC-Präsident) Ende Januar, daß "die Olympia-Bewerbung der Stadt Melbourne die perfekteste ist, die ich je erlebt habe" und "Australien ist eine gute Gelegenheit, den Menschen zu verdeutlichen, daß Olympische Spiele keine europäische, sondern eine weltweite Angelegenheit sind." Da stört es auch nicht, daß erstmal ein völlig neues Stadion gebaut werden müßte und die vorhandenen Sportanlagen modernisiert werden müßten. Jedenfalls Dinge, die Athen nicht zugetraut werden. Damit wäre der Weg für Berlin frei und die Entscheidung in welcher Stadt das Spektakel im Jahr 2000 ausgetragen wird, fällt 1993. Deswegen machen der Senat und besonders der AL-Staatssekretär Kuhn, der sich als Olympia-Hoffnarr zur Verfügung stellt, Druck und schmieden Pläne. Unserer Einschätzung nach wäre es wichtig, <u>jetzt</u> und in naher Zukunft einen Widerstand gegen diese Pläne zu entwickeln, um schon die Vergabe der Spiele an Berlin zu verhindern. Denn nach der Entscheidung dürfte eine Verhinderung kaum noch möglich sein, allenfalls massive Störungen. Außerdem wären viele Tatsachen schon geschaffen.

Wir wissen nicht viel über einen anti-olympischen Widerstand, so haben aber u.a. das Vorhandensein eines solchen und eine starke HausbesetzerInnenbewegung verhindert, daß Amsterdam 1992 die Olympischen Spiele zugesprochen bekommen hat. Andersherum haben einige Bombenanschläge in Barcelona leider nicht ausgereicht, daß das IOC die Spiele deshalb nicht nach Barcelona vergeben hat.

Was sind nun eigentlich die Gründe, warum wir einen Widerstand gegen die Olympiapläne entfachen wollen? Oder anders gefragt, sind wir nur gegen die Auswirkungen und Begleiterscheinungen eines solchen Massenspektakels oder lehnen wir die Idee von Olympia und den Hochleistungssport generell ab?

<u>Die Olympischen Spiele der Antike</u>

Ohne die Entstehungsgeschichte detailliert darzulegen, kann festgestellt werden, daß es die Spiele der Herrschenden waren, die dadurch ihren Führungsanspruch untermauern wollten. Olympia in der Antike hatte einen religiösen Hintergrund, denn es ging um nichts geringeres, als die Gunst der Götter zu erringen. Dieses Privileg stand allerdings nur den wenigsten zu. So war es Frauen sowohl verboten, an den Wettkämpfen aktiv teilzunehmen, als auch als Zuschauerin dabeizusein. Ansonsten war es nur den männlichen Angehörigen des Adels und des reichen Bürgertums gestattet, an den Wettkämpfen teilzunehmen, damit waren ca. 90% des Volkes von den Olympischen Spielen ausgeschlossen. Im Unterschied zur heutigen "Dabeisein ist alles" Olympia-Ideologie, zählte in der Antike nur der Sieger, Auszeichnungen für zweite und dritte Plätze waren unbekannt. Den Verlierern passierte es nicht selten, daß sie bei ihrer Heimkehr mit Schimpf und Schande durch die Straßen gejagt wurden. Auch kannten die







antiken Spiele keine Amateure, sondern nur Vollprofis, die sich allein für ihre Teilnahme an Sportfesten schon hohe Summen bezahlen ließen. Nur bei den olympischen Spielen wurde ohne direkte Gage angetreten.

Die Wiederbelebung der Olympischen Spiele

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts hatte die Aristokratie in Europa abgewirtschaftet, durch die Industrialisierung und die französische Revolution hatte das Bürgertum die Macht übernommen, die Bauern waren nicht mehr leibeigen, ein städtisches Proletariat hatte sich gebildet, Klassenkämpfe erschütterten das System; das alles ist bekannt.

Pierre Fredy, Baron de Coubertin, wollte den alten Führungsanspruch des Adels über die Abhaltung sportlicher Wettkämpfe wieder begründen. Zur Ideologie von Coubertin sollten ein paar Zitate ausreichen: "Der Wettkämpfer der Neuzeit erhöht sein Vaterland, seine Rasse, seine Fahne." "Von jeher war immer nur eine Elite bedeutend, denn eine auserwählte und zahlenmäßig nicht sehr starke Gruppe ist mehr wert, als eine breite, mittelmäßige Masse." "Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billigste Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen den Alkohol und das produktivste an beherrschten und kontrollierten Energien ist. Der Sport hat eine der beträchtlichen Rollen bei der Durchführung sozialer Reformen zu spielen, weil der Sport, der Klassenunterschiede verwischt, auch ein mächtiger Blitzableiter für alle schlechten Instinkte ist."

Coubertin verklärte zur Durchsetzung seiner Idee die olympischen Spiele der Antike. Eine angebliche historische Kontinuität verkaufte er als Grund dafür, ab 1896 an alle vier Jahre olympische Spiele stattfinden zu lassen. Er erreichte, daß nur reine Amateure an den Spielen der Neuzeit teilnehmen konnten. Dieser Amateurgedanke kam aus der britischen Bourgeoisie, die damit ihre Sportvereinigungen und -veranstaltungen gegen Angehörige des Proletariats abschirmte. Denn nur Angehörige der Oberschicht konnten es sich leisten, ohne Entgelt und Bezahlung zu trainieren und an Sportveranstaltungen teilzunehmen. Jedoch waren die IOC-Strategen gezwungen, immer weiter von dem/der hundertprozentigen AmateurIn Abschied zu nehmen. Dies allerdings nicht aus der Erkenntnis heraus, daß diese Spiele für alle und damit z.B. auch für ArbeiterInnen da sind, sondern aus dem banalen Grund, daß sich sonst nur noch Mittelmaß bei Olympia getummelt hätte und somit das weltweite Interesse gar nicht erst entstanden wäre, wenn es keine Spitzenleistungen gegeben hätte.

Das IOC (Internationales Olympisches Komitee

Früher wurden die Mitglieder des IOC auf Lebenszeit gewählt, ab 1966 nur noch bis zum Alter von 72 Jahren. Bis 1980 war im IOC keine einzige Frau vertreten. Das IOC ist ein Gremium, welches sich kraft der Befugnis seiner MitgliederInnen selbst erweitert und erneuert. Es ist eine Versammlung der Reichen, der Superreichen und der Einflußreichen. "Eine Mafia aus Grafen, Prinzen, Millionären und Weißen", meint Fidel Castro. So saßen für die BRD folgende Leute 1980 im IOC: Willi Daume, Industrieller; Berthold Beitz, Krupp-Generalbevollmächtigter; Georg Wilhelm Prinz von Hannover. Ansonsten tauchen in der Liste der ehemaligen deutschen IOC-Mitglieder hauptsächlich Grafen, Herzöge, Freiherren und Generäle auf. Von Georg von Opel, IOC-Mitglied von 1966-71, stammt das Zitat, welches er auf dem Bundestag des DSB (Deutscher Sport Bund) 1970 kundtat, "man sei hier unter Sportkameraden, wo das Wort Demokratie nicht hingehöre".

Die faschistische Kontinuität in Personenfragen und Ideologie

Der letzte von Himmler ernannte Reichssportführer, SA-Standartenführer Karl Ritter von Halt, NSDAP-Mitglied seit 1931 und IOC-Mitglied von 1929-64, versuchte noch in den letzten Kriegstagen den "Volkssturm" zu organisiren, um die Rote Armee aufzuhalten. Halt wurde als Kriegsverbrecher verurteilt und von den Sowjets gefangengehalten. 1950 wurde er vorzeitig freigelassen, u.a. weil die UdSSR dem IOC beitreten und an Olympischen Spielen teilnehmen wollte. 1951 wurde Halt vom westdeutschen NOK (Nationales Olympisches Komitee) zum Präsidenten gewählt.
Der Stabsleiter (Generalsekretär) des NS-Reichsbundes für Leibesübungen und Hauptschriftleiter von "NS-Sport", SA-Obersturmbannführer Guido von Mengden, war Propagandist



Fidel Castro als Baseball-Spieler im Stadion »Latinoamericano« in Santiago de Cuba, 1962.

VOLXSPORT VOLXSPORT

Warum Skoblo heute eine Party feierte und sich trotzdem nicht so recht freuen mochte ...

Berlin Grunewald. Kronbergerstrasse 4. Es ist 19 Uhr, die Sonne bereits untergegangen. Wir schreiben Dienstag, den 22. März. Der Fahrer des VW-Busses parkt vor dem Haus mit der weissen, fast postmodernen Fassade, steigt aus, klingelt.
Guten Tag, Party-Platten-Service, wir bringen das Spanferkel.-
Spanferkel?-
Ich bin doch hier richtig? Skoblo? Kronbergerstrasse?-
Jaja, aber ...
Sie hatten heute früh ...
Da war ich arbeiten.-
... bei uns angerufen und dieses Spanferkel bestellt.

Just in dieser Sekunde biegt ein weiterer VW-Transporter um die Ecke. "Die Salatschüssel Service für Parties GmbH". Skoblo stockt. Ihm schwant böses. Sollten etwa ... Bevor er aber diesen Gedanken zu Ende führen konnte, stand der zweite Faherer vor der Tür: Sie hatten ...- Gar nichts hatte ich, das muß ein Mißverständnis sein.- Der Fahrer des zweiten Transporters wußte zu berichten, daß er vorher auf dem Hohenzollerndamm gleich meherere seiner Kollegen gesehen hatte. Ob die etwa alle?

Ja, alle! Wir müssen es schließlich wissen! Also, äh, wie ging das noch mal? Also: Wir haben heute früh, na ja, also, eben diese Party-Service-Unternehmen in die Kronbergerstrasse bestellt! Dort wohnt nämlich Skoblo von der "IImobilien Braun". Und den mögen wir nicht. Das ist ein Spekulant, ein ganz böser sogar. Und deshalb sind wir auch ganz böse und haben eben heute ... genau! Für jede Wohnung im Werra-Block, die leersteht, hat er eine rot-grüne Salatschüssel, ein Spanferkel, kalte Platten oder Lammhaxen bekommen.

Das ist unser Beitrag zum Thema Leerstandsbuße!

Und wie's bei Beiträgen halt so ist, manchmal finden sie kein Ende. Das ist für die, die damit bedacht werden, oft unangenehm. Und weil wir, wie gesagt, Skoblo böse finden, OTTO aba jut, deshalb hamwer den OTTO gefracht, ob er dem Skoblo nich mal ne Schweizer Armbanduhr schicken kann, damit er pünktlich zu der von uns geplanten Auflösung seiner Schweizer Nummernkonten anwesend sein kann. Aba von letzterem hamwer vorerst noch abgelassen, vorerst.

P arty
D ienst
S koblo

In der Nacht zum 13.3.90 haben wir bei SEAT, spanischer Autokonzern, eine Scheibe eingeworfen und Buttersäure hinterher.
Wir grüssen die spanischen Gefangenen und alle gegen Isolation kämpfenden Menschen weltweit.

Kollektiv leben und kämpfen jetzt!

♀♀ bildet Banden

MAI PLENUM PROTOKOLL vom 7.3.

Auch diesesmal sind wieder einige Gruppen neu hinzugekommen. Es wurde festgestellt, daß zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit die Vorbereitungsgruppe jetzt fest bleiben müsse.
Als Tagesordnung wurden die:
1) Besprechung des Protokolls vom 28.2
2) Vorbereitung des Kiezpalavers am 14.3.
3) organisatorische Fragen und die Erstellung eines Zeitplanes
4) das Konzept der Aktionstage

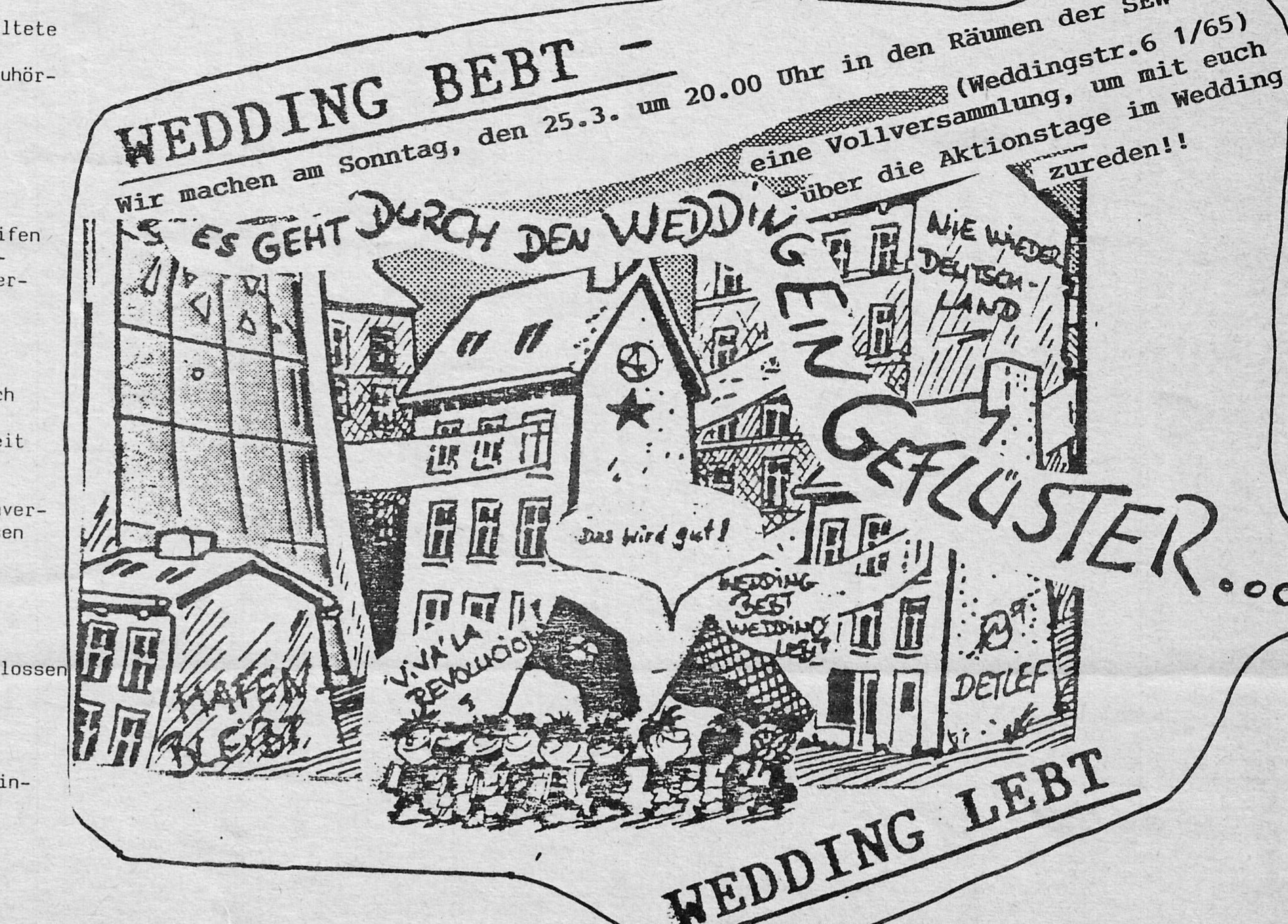
festgelegt.

zu 1) Das vorliegende Protokoll wurde in einigen Punkten kritisiert und soll vor der Veröffentlichung überarbeitet werden. Die Protokolle sollen Diskussionsprozeße und Widersprüche transparenter machen (konkret in bezug auf den Demo-Ort).

zu 2) Die Disskussion um die Vorbereitung des Mai-Palavers gestaltete sich aufgrund inhaltlicher Differenzen in Bezug auf die Herangehensweise und des allzuoft üblichen Männerschlechtzuhörprofilierungsredegehabe recht langwierig und ätzend.
Es wurde eine kontroverse Debatte darüber geführt, ob eine Diskussion um den Mai 89 auf dem Palaver vermeidbar sei.
Dabei dominierte die Einschätzung, daß sowohl Menschen aus dem Kiez aus ihren Ängsten und Einschätzungen heraus daran Interesse haben, als auch, daß die "Sozialarbeiterriege" über eine solche Diskussion die Maivorbereitung 1990 angreifen will. Für uns steht die Diskussion der aktuellen Notwendigkeit einer revolutionären Mai- Demo und des Festes im Vordergrund. Angestrebt werden soll ein Charakter der offenen Diskussion und des Ideensammelns auf dem Palaver.
Es soll dargestellt werden, wie wir uns den 1.Mai und die Zeit davor vorstellen und wie weit die Vorbereitung ist.
In dieser Diskussion vermischte sich der Anspruch inhaltlich greifbares präsntieren zu können mit der Erfordernis, das Palaver in einer Woche gestalten zu können. Die unmöglichkeit aus dem Stand heraus inhaltliche Diskussionen in Hinblick auf diesen Termin führen zu können wurde deutlich.
Pragmatisch hieß das folgendes: es setzen sich vor dem Palavertermin Menschen aus verschiedenen Gruppen zusammen und fassen ihre Einschätzung der Vorbereitung zusammen. Außerdem soll es Beiträge zum Internationalistischen Charakter des 1.5. und zu unserer Ablehnung des "Deutsch - Deutschen Feste" geben.

zu 3) Es wurde ein neuer Anlauf zu einem gemeinsamen Aufruf beschlossen
Eine Arbeitsgruppe dazu hat sich gebildet.
Andere Menschen versuchen sich um Kohle für die Plakate bei Netzwerk zu bemühen.
Wir wollen recht frühzeitig mit der Mobilisierung beginnen.
Deshalb soll bis Ende März ein gemeinsamer Aufruf, das gemeinsame Motto und der Plakatentwurf stehen.
Am Di. 3.4. soll um 20Uhr eine VV im Mehringhoh sein.
Dann wurde noch kurz an dem Verhältnis von Demo zu Fest und Aktionswoche geredet. Klar war, daß wir Fest und Demo als Einheit begreifen und deshalb mit einem gemeinsamen Plakat ankündigen wollen. Die Diskussion um ein 2. Plakat zur Aktionswoche wurde zurückgestellt. Der Vorschlag, ein IWF-Kampagnen ähnliches Infosystem aufzubauen ebenfalls. Erst müsse der Charakter der Aktionstage feststehen.

zu 5) Bei dem Versuch, die verschiedenen Aktivitäten in den nächsten zwei Monaten zu benennen wurde deutlich, daß den Aktionstagen ein engerer Rahmen gesetzt werden müsse. Sowohl in zeitlicher Hinsicht, als auch in Hinblich auf die inhaltliche Bestimmung zum 1.Mai.
Als Vorschläge/Vorbereitungen wurden das Adalbert-Straßenfest am 22.4 des Walde-Blocks, die Gestatung eines anti-patriarchalen Tages oder Aktivitäten zu Frauenarbeit durch zwei Frauengruppen und eines Stadtspiels zu Umstrukturierung und Mieten am 27.4. gesammelt. Außerdem laufen in Neukölln und Wedding kiezbezogene Aktivitäten.
Ein Aktionstageplenum soll am 17.3. stattfinden.









wir wollen mal unsere momentane Situation mit der 'radikal' beschreiben, damit die Zeitung nicht allzu unkalkulierbar für euch wird.

Die letzte Ausgabe ist bald 4 Monate her, und die nächste wird nicht gleich morgen kommen. Wir wollen vermeiden, daß Spekulationen entstehen und daß die spürbare Unterstützung abnimmt. Ein bißchen befürchten wir sowas schon, denn zuletzt hat die Kohle für ein neue Ausgabe gefehlt und es blieb offen, ob und wann daraus was wird. Außerdem haben wir in den letzten 1 1/2 Jahren die radi etwa 3monatlich auf die Reihe gekriegt und in's Horn geblasen, daß wir darunter Regelmäßigkeit verstehen.
An letzterem hat sich nix geändert. Natürlich müssen wir uns eine pünktlich 3monatige Erscheinungsweise verkneifen, weil die Bullen ja nicht nur auf den Kopf gefallen sind, und sich sowas früher oder später zunutze machen würden. So kam die Nr.139 knapp 2 Monate nach der Nr.138. Wir haben uns für danach ein Päuschen versprochen. Das Päuschen wird aber zur Pause und somit länger, als wir uns das zunächst vorgestellt haben.

Warum das so ist, würden wir gerne kurz und klar erzählen. Leider können wir hier nicht so reden wie uns der Schnabel gewachen ist. Alles was wir zu eindeutig von Internas sagen, hilft den Bullen dabei, uns aufzuspüren. Diese ewige Gratwanderung raubt uns manchmal den letzten Nerv. Also einmal möglichst ehrlich und offen reden, damit wir verstanden werden, andererseits immer taktisch und allgemein bleiben, weil die Bittel mitlesen und Anhaltspunkte suchen.
Wir denken, viele von euch kennen die Probleme kontinuierlicher politischer Arbeit in autonomen Gruppen aus eigener Erfahrung. Vielleicht versteht ihr dann unsere Sprache und lest zwischen den Allgemeinerheiten etwas heraus, wozu ein bürokratisches Bullenhirn nicht so befähigt ist.

Mitte 88 hatten wir die Nase voll von der hauptsächlichen Aufbauarbeit. Wir wollten nicht weiter wirkungslos durch die Zeitgeschichte turnen, sondern auch mal Früchte sehen.
Seitdem erscheint die radi etwa 3monatig. Häufiger geht nicht, weil hierzulande eine Zeitung verdeckt herstellen und über eigene Strukturen verteilen eben nicht schneller geht (zur Zeit). Seltener bringt's auch nicht. Das hatten wir schon, und damals konnten wir eine Wirkung der Zeitung in Bezug auf aktuelle Entwicklungen abschreiben.

Wir haben uns gesagt, gut, jahrelange Erfahrung muß reichen, um sich eine Kontinuität auch zuzutrauen. So fing ein Plan an, den wir mehr und minder bis heute durchgezogen haben. Er bestand aus dem Wechselspiel "Wenn: Dann!". Beispielsweise: Wenn wir mit der radi dies oder jenes Ziel verfolgen und enstprechend unseren Kräften was dafür tun, Dann müssen wir ihm sichtbar und ständig immer näherrücken.

Unsere Erwartungen waren schon konkreter. Zunächst mal der Inhalt. Wir können uns schön und gut auf die autonome radikale Linke beziehen, aber wenn diese mit den Texten und Anstößen in der radi nix anfangen kann, dann sollten wir es bleiben lassen. Andersrum ist Lob eine schöne Sache, aber wenn die radi wichtig ist, dann messen wir das auch an der praktischen Unterstützung und Eigeninitiative.

Für uns kann diese Zeitung nicht so konsumiert werden, wie ein Flugi auf der Demo. Auch LeserInnen müssen entsprechend ihren Möglichkeiten was dafür tun, daß sie existiert und gut ist. Z.B. indem wir nicht allein mit dem Problem dastehen, daß eine illegale Zeitung herstellen und vertreiben tierisch Kohle verschlingt. Oder indem die radi mit autonomen Strukturen verteilt wird, auch außerhalb der Szene und erstrecht nachdem Buchläden deswegen angegriffen wurden und die Zeitung kaum noch ausleg-

ten. Es ist ja logisch, daß Redaktionen sowas nebenbei nicht bewältigen können. Solche Strukturen müssen vorort entstehen und sich organisieren als Vorausbedingung, denn eine Zeitung zu machen, die nicht gelesen wird, weil sie nicht verteilt wird, ist natürlich hohle Zeitverschwendung.

Zurück zum Anfang der Kette, dem Inhalt. In den letzten Ausgaben fanden sich wechselnde Schwerpunkte. Wir sind davon ausgegangen, daß es wesentliche Themen der autonomen radikalen Linken waren und sind. Das letzte Jahr mal kurz rangeholt, sah so aus:

In der Nr.136 ging es um den Spitzel Dirk Strandenaes, auf dem Hintergrund militanter Angriffe und dem Verhalten untereinander in Gruppen. Eine Sache, die sich bei Erscheinen der Ausgabe in derselben Stadt anhand eines anderen Spitzels z.T. wiederholte. In der Nr.137 ging es um Faschismus, wo wir auf dem Hintergrund der Wahlerfolge der 'Republikaner' vorhandenes Wissen vermitteln wollten, was es an organisiertem Faschismus in der BRD gibt und welche Ursachen dahinterstecken. Wir haben das Thema nie fallengelassen. Und gerade weil sich viele genau daran organisieren und aktiv sind, haben wir die männliche Interpretation des Faschismusbegriffs und entsprechende Praxis kritisiert.

Bei Erscheinen der Nr.138 war der Hungerstreik zu Ende. In dieser Ausgabe ging es uns um die "unscheinbaren" Gefangenen, um Knastkampf als Thema, daß alle die sich wehren betrifft. Wir wollten rüberbringen, daß nicht nur während eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der Guerilla die Existenz von Knästen wahrgenommen und dagegen gehandelt werden muß. Am Thema Knast, Einschüchterung, Diskriminierung und Verfolgung sind wir regelmäßig dran, z.B. in Form des Repressions-Blockes.

Schließlich, in der Nr.139, haben wir an einer Spur geschnuppert und sie aufgenommen, wie sich internationalistisches Denken erfolgversprechend umsetzen läßt. Der Shell-Konzern ist konkreter Bestandteil des komplexen Imperialismus. Das Gewicht und die Möglichkeiten vom "Kampf in der Metropole" zur direkten Unterstützung von unterdrückten Völkern, wird an diesem Multi faßbar, auch die Vernichtung natürlicher Lebensbedingungen wegen Profitinteressen. Da die Anti-Shell--Kampagne in vielen Ländern Fuß gefaßt hat und auch erfolgreich ist, kann sie den ersten abgestimmten und gemeinsamen Schritt gegen das vereinheitlichte Europa der Herrschenden sein. Neben dem Schwerpunkt 'Shell' haben wir in der Nr.139 angefangen, eine "Geschichte von unten" zusammenzufassen, um bestimmte Linien bis heute zu verfolgen.

So.: Wir hatten das Gefühl, der Inhalt dieser Ausgaben hat was bewirkt. Und nach mittlerweile fast 2 Jahren ist das auch an der praktischen Unterstützung deutlich geworden. An dieser Stelle werden wir einsilbig, Entwicklungen hin und her, es gab und gibt viele Stolpersteine, wenn sich Strukturen bilden und organisieren.

Jedenfalls gibt es jetzt einen Vertrieb, über den die radi abonniert werden kann, und auch in der Provinz und im Ausland verteilt wird. (Wir möchten sehr betonen - weil uns Dinge in die Ohren kommen - daß diese Struktur nicht "die radikal" ist. Es sind GenossInnen, die sich aus Solidarität beteiligen, die ein solches Projekt notwendig finden, aber nicht für alles verantwortlich zu machen sind.)

Nächster Bestandteil unserer "Planerfüllung" waren die Interviews mit dem 'ID' und 'konkret'. Es ist mehr dabei herausgekommen, als wir uns anfangs vorgestellt haben. Besonders mit dem 'ID', die aus dem Interview gleich eine Broschüre gemacht haben, die in 3ter Auflage nicht unter, sondern auf dem Ladentisch liegt. Wegen der mutigen Haltung (u.a. bei der Herausgabe dieser Broschüre) wurden die Büttel auf 'ID' aufmerksam und versuchten mit Razzien und Paragraphen einzuschüchtern. 'ID' hat darauf mit der Herausgabe der Broschüren 'Schwarze Texte' und 'Shell, kill a multi' reagiert.

Wir wollten ein ausführliches Interview und ein kürzeres, das aber von vielen und BRD-weit gelesen wird. Wir wollten ein Verhältnis zu der Zeitung und uns herstellen, den Mythos radikal knacken, uns mitteilen und daß ihr alle seht, daß wir unter euch wurschteln, daß wir ähnliche Probleme und Ängste haben. Wir wollten unsere Geschichte und Entwicklung vermitteln, damit wir ernster genommen werden und verstanden wird, daß wir nicht ein durchgeknalltes Ding durchziehen, sondern an einem Projekt der radikalen Linken ackern.

Zum Abschluß sollte es noch eine Sondernr.- geben, in der nur über Organisierung geredet wird. Daraus ist erstmal nix geworden. Heute leben Diskussionen über das Wie von Organsierung und über die Stoßrichtung von Aktionen auf, und dieser Bereich wird weiterhin Bestandteil der radi in möglichst vielen Artikeln sein. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus wird Organisierung ja dringlicher als zuvor. Wir können der kapitalistischen Freßgier erstmal nur zuschauen, aber an den Ergebnissen unserer vorherigen Diskussionen ändert sich dadurch kaum was. Sie müssen jetzt nur noch schneller und genauer umgesetzt werden. Auch inerhalb gewaltiger Umbrüche bleibt es richtig und notwendig, Herrschaft, Unterdückung und Ausbeutung in jeder Form zu bekämpfen. Dieser Kampf muß von vielen geführt und deshalb von und für viele organisiert werden.

Heute stehen wir am Ende von unserem vorläufigen "Plansoll" und Test. Wir wollten herausfinden, bringt's die radi 3monatlich und mit dem Inhalt, den wir bestimmen und auswählen. Gibt es praktische Unterstützung, und wird die Zeitung auch das Ding von anderen. Halten wir das sicherheitsmäßig durch, ohne daß den Büteln ein folgenschwerer Schlag gelingt oder welche einfahren.

Es war schon 88 klar, daß wir erstmal eine gute Zeit durchziehen müssen, bevor wir Bilanz ziehen und Ergebnisse erwarten können. Die Szene ist träge, sie reagiert meist auf Projekte die existieren, aber sie baut selten mit. Und wir können die tollsten Baukonstruktionen im Hirn entwerfen, aber solange sie nicht ausprobiert sind und wenigstens die untersten Reihen stehen, haben wir keine Gewißheit, ob das ganze Gebäude hält. Die Bauerei hat viel Kraft gekostet, das regelmäßige Erscheinen, die Arbeit an den Schwerpunkten und gleichzeitige Organisierung in einer Struktur, die Interviews. Streckenweise waren und sind wir ziemlich geplättet.

Wir denken jetzt, es war der richtige Weg. Wir haben festgestelt, es beteiligen sich immer mehr GenossInnen auf die eine oder andere Weise, immer mehr Leute nutzen die radi als ihre Zeitung, und wir haben schon Mühe, uns mit der Fülle der zugeschickten Sachen zu beschäftigen. Auch andere Zeitungen profitieren von unseren Erfahrungen, indem sie von vornherein auf Absicherung achten, einen autonomen Vertrieb aufbauen oder Kontaktadressen im Ausland benutzen. Wir haben festgestellt, daß Inhalte der radi in Diskussionen zitiert werden, daß Artikel in Gruppen als Diskussionsgrundlage genommen werden. Für uns ergibt sich daraus, daß es Sinn hat, die radi entsprechend unseren Kräften zu machen. Es lohnt sich für uns selber, Energie in ein Projekt reinzustecken, daß unserer Meinung nach noch mehr Nutzen für die radikale Linke haben kann.

Mehr gedacht als offen ausgesprochen, stand am Ende dieser Periode eine Pause. Wir nehmen sie uns jetzt. Wir brauchen eine Rückschau und die Auswertung der letzten beiden Jahre. Wir haben uns damals zwar organisiert und stark genug gefühlt, aber erst wenn die Praxis gelaufen ist, hast du die Bedingungen dafür richtig in der Hand, statt nur als vage Voraussicht im Kopf.

Wir haben ja schon öfter versucht zu beschreiben, daß unsere Arbeit aus zwei Bereichen besteht, von denen nur einer - nämlich die radi selbst und ihr Inhalt - gesehen werden kann. Der andere ist der Aufbau von Strukturen, Gruppenprozesse, Herumfeilen an Organisierungsmodellen, füreinander verantwortlich sein. Zunehmend besteht er auch aus der eigenständigen Organisierung der Frauen in der Struktur. Beide Beine sind für uns unverzichtbar.

Aber wenn ihr das eine nur ahnen und kaum sehen könnt, appellieren wir gerade an ein Vertrauen, daß wir hier nicht irgendwelche Gründe vorschieben. Auch wenn wir gerade keine sichtbaren Ergebnisse vorweisen, haben wir die Hände keinesfalls in den Schoß gelegt. Wir wollen ja über die Zeitung keine Schlauheiten verkünden, die wir nicht zuerst bei uns selbst praktisch umsetzen. Und dafür brauchen wir jetzt etwas Zeit, und haben nichtmal die Peile, wieviel...

Viele von euch müßten das Problem aus den eigenen Gruppenprozessen kennen. Eine Gruppe, die (in welchem Bereich auch immer) für den Aufbau radikaler Politik aktiv ist, wird erst beachtet und hat Erfolg, wenn sie über längeren Zeitraum was bringt und sich bei vielen "einen Namen macht". Schlüssige Analysen anfertigen oder das wiederholte Hinweisen auf Mißstände endet auf Dauer in der Sackgasse. Wenn nicht schrittweise eine Praxis entwickelt wird. Je aktiver die Gruppe ist, und nach außen hin auf die Reihe kriegt und bewirkt, desto genauer müssen die Beziehungen untereinander sein, desto tiefer gehen Kritik und Selbstkritik, und desto größer muß der Zusammenhalt in der Gruppe sein, der mit steigender Aktivität auf immer härtere Belastungsproben gestellt wird.

Der Zusammenhang zwischen Wirkung der Arbeit einer Gruppe nach außen und dem internen Gruppenprozeß, ist für uns eine Tatsache. Vielleicht klingt das nicht so abstrakt, wenn mensch Diskussionen und auch üble Aufrechnereien in Gruppen, Kollektiven und auch innerhalb einer ganzen Szene kennt. Eine zu ausschließlich theoretisch und auf die eigene Selbstbestimmung fixierte Gruppe versackt nach einer Weile in ihrer Wirkungslosigkeit. Hingegen zerfällt eine zu ausschließlich praktisch arbeitende Gruppe nicht selten an ihren eigenen Widersprüchen und Erwartungen, weil die gemeinsame schrittweise Entwicklung gegenüber der Arbeit nach außen vernachlässigt wird.

Die wachsende politische Wirkung der Gruppe erfordert nach unseren Erfahrungen einen wachsenden Zusammenhalt untereinander. D.h. intensives kennenlernen des/der anderen, Unterschiede tolerieren, intensives kritisieren statt wegschauen, intensives unterstützen statt alleine lassen. Wenn das nicht oder zuwenig läuft, gewinnen Selbstzerfleischung und manchmal die von der Repression gesetzten Tatsachen.

Mit der radi stehen wir nicht zum ersten Mal an so einem Punkt, und trotzdem ist es anders als früher. Wir waren zuletzt eine Weile ziemlich aktiv, und haben für unsere Verhältnisse ziemlich viel Kraft in das häufige Erscheinen, die Interviews, den Inhalt der Zeitung gesteckt - also in die beabsichtigte Wirkung und den Erfolg unserer Arbeit investiert. Wenn wir zurückschauen, sind dabei interne Entwicklungen, Veränderungen in der Struktur und das persönliche Verhältnis untereinander zu kurz gekommen. Es gibt Versäumnisse, die von der Arbeit verdeckt wurden, obwohl schon öfter und teils vor langer Zeit bewußt war, daß wir was ändern müssen.

Wir haben die ganze Zeit auf die Struktur und auch aufeinander geachtet. Trotzdem haben sich im Laufe der Zeit Verhaltensweisen und Rollen eingespielt, die wir nur mit etwas mehr Platz im Kopf wirklich ändern können. Jedenfalls hat es anders rum nicht geklappt.

Wir gehen ja nicht davon aus, daß ein Vorhaben wie die radi einmal richtig ausdiskutiert und organisiert wird, und dann läuft es reibungslos immerdar.

Das Gegenteil stimmt eher, denn wir sind von vielen Einflüssen und sich verändernden Bedingungen abhängig, also muß unsere Organisierung immer dynamisch sein, so berechenbar wie möglich für GenossInnen, undurchschaubar für die Bittel. Wir können uns nie ruhig hinsetzen und der trügerischen Gewißheit frönen, alles wäre getan und klar. Denn was wir heute aufgrund dieser Situation so und so angehen, muß morgen verändert oder evtl. ganz infrage gestellt werden, weil neben guten Erfahrungen auch Fehler passiert sind.

venceremos
radikal

1. P.S.: Es ist zwar in unserer Sache nicht üblich, aber vielleicht läßt ja die eine oder der andere auch öffentlich was von sich hören, wenn ihn oder sie was in dem Text anregt oder anstinkt.

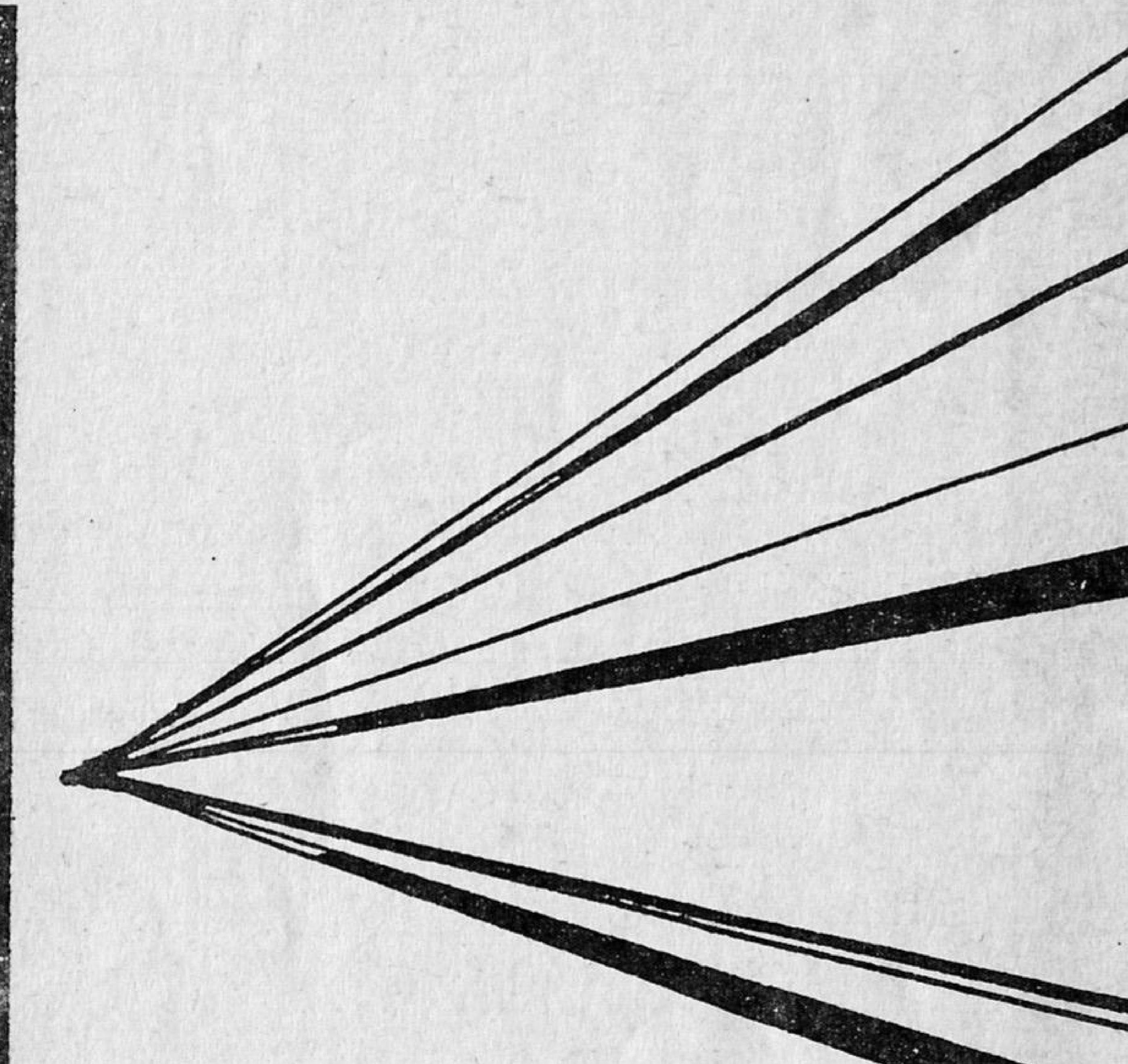
2. P.S.: Wir danken allen GenossInnen (auch jenen, die sich nicht so bezeichnen) für die Kohle in den letzten Monaten. Insbesondere Miller und den anderen, die von sich aus was getan haben. Geld ist zwar ein stinkend Stück, aber welche wenig davon haben, können sich vielleicht vorstellen, daß es für uns ein deutli-

cher Solidaritätsbeweis ist. Vor Jahren mußten wir darum betteln gehen. Heute macht es richtig froh, daß die meisten in die eigene leere Tasche greifen und sogar Sachen organisieren. Das wie läßt uns jubeln, und das ist unabhängig davon, ob's ein Zehner oder mehrere Blaue sind. Die Kohle für die nächste Ausgabe ist fast beisammen.

3. P.S.: Weil es wohl kaum bekannt ist: Am 31.1. wurden bei einer Razzia im Pinkus-Buchladen in Zürich 2 Exemplare der radi Nr.139 beschlagnahmt. Angeblich soll sie "in Einzelheiten gehende Anweisungen über die Herstellung von Sprengladungen" enthalten (sie enthält die Anleitung für einen Brandsatz). Ermittelt wird jetzt nach dem Schweizer Gesinnungsparagraphen: "Verbreitung von Schriften mit öffentlicher Aufforderung zu einem Verbrechen, beziehungsweise Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen".
Pinkus sieht das so: "radikal ist eine Zeitschrift der BRD-Autonomen die seit 1976 erscheint und in ihrer Geschichte schon des öfteren im Visier des bundesdeutschen Staatsschutzes stand. Daß sich jetzt auch das Staatsschutzbüro der Zürcher Stadtpolizei auf solch ausgetretenen Pfaden an eine Buchhandlung heranpirscht, muß als plumpe Entlastungsoffensive bewertet werden. Steht doch der Staatsschutz in der Schweiz (auf Gemeinde- Kantons- und Bundesebene) in jüngster Zeit vermehrt im Lichte der kritischen Öffentlichkeit..."
Jüngstes Beispiel für den Zorn der kritischen Öffentlichkeit, ist die Demo gegen den Erfassungsstaat am 3.3. in Bern, in deren Verlauf Gewalt sowohl gegen Sachen wie auch gegen uniformierte Personen angewendet wurde. Mit Pinkus solidarisierten sich 1 Woche nach der Razzia 18 politische Kollektive in der ganzen Schweiz.

4. P.S.: bei jeder Gelegenheit unsere Aufforderung an euch, die radi weiterzugeben und zu verteilen. Wenn sie was bringt, ist das schön. Wir finden es noch schöner, dieses Erlebnis mit immer mehr Leuten zu teilen. Ihr verdient daran keinen Pfennig, wir auch nicht, überhaupt niemand. Der Lohn aller Beteiligten besteht in dem Risiko, erwischt zu werden, und in der Genugtuung, gegen die herrschenden Zustände wenigstens mit dem kleinen Zeh gewackelt zu haben.
Du besorgst dir eine kuhle Adresse, wo die Post nicht von den Bullen gefilzt wird. Die überwiegende Mehrheit aller Adressen weltweit erfüllt dieses Kriterium mühelos. Dann schreibst du uns einen Brief und sagst Bescheid, wieviele Zeitungen wohin gehen sollen (ab 5 Stück). Die Sache geht ihren Gang. Bezahlen mußt du spätestens, nachdem die Dinger unter den Leuten sind. Beim ersten Mal lieber wenig als zuviel bestellen, mit der Zeit renkt sich's ein.





Verteilt werden kann überall, zuerst unter FreundInnen, an Schulen, Unis, in Betrieben - in Versammlungen, Arbeitskreisen und auf Konzerten. Überall wo Menschen mehr miteinander zu tun haben, als aneinander vorbeizuhetzen. Obere Spitze finden wir, wenn die radi noch mehr in kleinen Städten und auf dem Land weitergegeben wird. Welche sie nicht kennen und über dich/euch kennenlernen, sind uns wichtig. Wenn dir eineR nach der Lektüre an den Hals und das Geld zurück will, ist gebongt. Zieh's von der Rechnung ab und genehmig dir einen herzhaften Schluck auf Firmenkosten. Aber gib nicht auf! Besser wird's nur, wenn wir weitermachen!

Die radi ist im Abo umsonst für Knackis und Infoläden.
Unsere Adresse: 1.Umschlag: WOZ, Postfach, CH-8059 Zürich. 2.Umschlag: Z.K.

Nicaragua, die Wahl und eine Woche danach

Die durch die Yankies aufgedrückten Wahlen haben zu einer völlig unerwarteten Niederlage der FSLN geführt. Die 14 Parteien Union UNO, deren Spektrum von rechtsaußen (Somozanachfolger) bis zu selbsternannten KommunistInnen und SozialistInnen umfaßt, und deren Parteistärke teilweise 20 Mitglieder nicht überschreitet, erreichten bei der Wahl 54,7%. Die FSLN bekam 40,8% der Stimmen und ist damit die stärkste Partei.

Die im Namen der ganzen Welt von tausenden WahlbeobachterInnen und JournalistInnen als "frei" und "sauber" bezeichnete Wahl, kann als solche unter den Voraussetzungen von Contra-Krieg, hohen Dollarbestechungsgeldern für UNO-WählerInnen, Wirtschaftsembargo und daraus resultierender fortschreitender Verelendung, kaum als solche angesehen werden Über Sinn und Unsinn lvon Wahlen zu diskutieren, halten wir hier nicht für angebracht, da wir uns mit der Realität nach der Wahlnierderlage auseinandersetzen müssen.

Als Hauptgründe für die Niederlage der FSLN tauchen in der öffentlichen Diskussion, sowie in Einzelgesprächen immer wieder der Contra-Krieg, die damit verbundene Wehrpflicht und die miserable wirtschaftliche Situation auf. Der Frente gelang es nicht breiten Bevölkerungsschichten den Zusammenhang zwischen den oben genannten Auswirkungen der Ursachen (US-Regierung) und den Handlangern (UNO) zu vermitteln.

Die UNO gewann besonders unter der Landbevölkerung großen Zuspruch, obwohl gerade diese im Rahmen der Landreform von der Revolution am meisten profitiert hatte. Die UNO ermöglicht den Bauern ihr Land, das sie im Zuge der sandinistischen Agrarreform bekommen haben, zu verkaufen und damit zu spekulieren.

Die Errungenschaften der Revolution, von der große Teile der Bevölkerung Vorteile hatten, werden nach Meinung vieler UNO-WählerInnen von der neuen Regierung nicht zurücgenommen.

Im Gegensatz dazu stehen Äußerungen von Violetta Chamorro und Virgilio Godoy zur zukünftigen UNO Politik:

- Kürzungen im Sozialbereich
- Rückgabe von Häusern und Fabriken an ihre ursprünglichen Besitzer

Im Augenblick muß die UNO noch Zugeständnisse an die FSLN machen, da diese in der Bevölkerun verankert ist und wichtige Errrungenschaften in der Verfassung festgelegt hat. Der UNO fehlt die nötige 2/3 Mehrheit, zu der ohnehin erst nach 2 Jahren möglichen Verfassungsänderung. Daruas ergibt sich, daß die Landreform, das sandinistische Heer und die sandinistische Poliz nicht angetastet werden können. Desweiteren bleiben die Nationalbank und der Außenhandel in staatlicher Hand. DEr Frente wurde zugesichert, daß Frenteeigentum nicht enteignet wird.

Die Wahlniederlage der Sandinisten hat Auswirkungen auf die politische Unterstützung und die Verhandlungsstärke anderer Befreiungsbewegungen im Zentralamer. Raum. Desweiteren ist das Bleiberecht der hier lebenden Flüchtlinge, sowohl aus lateinamerikanischen Ländern als auch aus Palästina und Westeuropa gefährdet.

Die UNO lockt mir Versprechungen im wirtschaftlichem Bereich, wie z.B. die Inflation durch Einführung einer neuen Währung in 100 Tagen von 1560% Jahresinflation auf 0% zu bringen, die Löhne zu steigern , die Preise zu senken., Investitionen im großen Rahmen ins Land zu bringen. Kurzum: mit dem Kapitalismus soll alles für alle besser werden.

Im Gegensatz dazu nutzt die FSLN die ihr verbleibenden 2 Monate Regierungszeit zur juristischen Absicherung der revolutionären Errungenschaften. So werden z.B. viele Staatsbetriebe in Genossenschaften umgewandelt und Besitztitel an LandeigentümerInnen ausgestellt. Gewerkschaften sollen eine juristische Verankerung bekommen.

Die FRente ist mit folgenden Bedingungen in Verhandlungen mit der UNO zur Regierungsübernahme eingetreten:

- keine Rücknahme der Agrarreform
- Beibehaltung des Streik- und Versammlungsrechts sowie der Gewerkschaften
- sofortige Auflösung und Entwaffnung der Contra
- Rentensicherung für die Mütter der Gefallenden
- Außenhandel und Nationalbank sollen in staatl. Hand bleiben
- keine Entlassungen aus dem öffentl. Dienst
- EPS soll als einziges Heer bestehen bleiben.

Der Schwerpunkt sandinistischer Oppositionspolitik liegt in der Reorganisation bestehende Massenbewegungen, die in 10 Jahren REgierungszeit zu einem Machtfaktor geworden sind. So sollen auch die für den Wahlkampfgeschaffenen Bezirksstrukturen der FrenteaktivistInne beibehalten und ausgebaut werden.

Mit ein wesentlicher Grund für die starke Position der Frente ist die Volksbewaffnung und die Bereitschaft vieler Frente anhängerinnen, diese Waffen auch zu benutzen.

Diese Tatsache zwingt die UNO zu Verhandlungen zur Regierungsübernahme und wird auch in Zukunft ein maßgeblicher FAKTOR DER Politik bleigen. Entgegen bürgerlichen Pressebe-richten ist die FSLN nicht am Ende. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisses kam es überall im Land zu spontanen Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen. In Managua kamen innerhalb von 2 Stunden 50.000 Menschen auf die Straße. Im Moment ist die Situation in Nicaragua relativ ruhig, aber gespannt. Die weitere Entwicklung läßt sich schwer einschätzen, da es einerseits Meuchelmorde an FSLN-FunktionärInnen und Entführungen durch die Contra gab. Andererseits demonstrieren in vielen Städten die AnhängerInnen derFrente ihre Bereitschaft, die Errungenschaften der Revolution militant zu verteidigen, indem sie bei Kundgebungen bewaffnet auftraten und in die Luft schossen. In Esteli wurde dasUNO-Büro abgefackelt.

Mehr als je zuvor braucht Nicaragua internationale Solidarität. Statt wie bisher mit der Regierung bzw. dem Staat zusammenzu arbeiten, m,uß eine zukünftige Zusammenarbeit nur noch mit der FSLN als Oppositionsbewegung stattfinden. Am Beispiel Städtepartnerschaften wird besonders deutlich, daß einstmals fortschrittliche Projekte mit der Regierungsübernahme der UNO konterrevolutionär werden können. Jetzt geht es darum, Städte mit FSLN-Mehrheit zu unterstützen. Am Beispiel "San RAfael del Sur", wo die UNO eine überwältigende Mehrheit von 9.507 zu 3.422 Stimmen der FSLN errang, wird unsere Aufgabe besonders deutlich. Nachdem die UnterstützerInnengruppe ihterseits das Projekt in San Rafael del Sur gestoppt hat, gilt es direkte Hilfen vom Bezirk Kreuzberg zu verhindern. Dieses Problem

Südafrika

Die Freude über die Freilassung Nelson Mandelas darf uns nicht den Blick dafür trüben, daß das Rassistenregime damit zugleich die stärkste Trumpfkarte in der durch F.W. de Klerk eingeläuteten Legitimationsoffensive ausgespielt hat. Diese zielt im wesentlichen darauf ab, das weltweit stark angeschlagene Image der Apartheid-regierung zumindest so weit aufzupolieren, daß ihre profit-interessierten Verbündeten im Ausland genügend Argumente an die Hand bekommen, um die Lockerung der internationalen Sanktionen zu verlangen. Die unverhohlene Offensive der Apartheidverbündeten M.Thatcher, die noch am Tag der Freilassung Mandelas dazu aufrief, nun die Investitionen in Südafrika zu verstärken, ist dafür nur das auffallendste Beispiel.
Die Zugeständnisse dürfen nicht davon ablenken, daß es der objektive Verlauf der Ereignisse in den letzten Jahren war, der die Handlungsfähigkeit des Rassistenregimes immer weiter einschränkte, bis schließlich nichts mehr übrigblieb, als mit einer "Flucht nach vorn" zu verhindern, daß der weißen Minderheit (und damit auch den Verbündeten im In- und Ausland) das Ruder des sinkenden Schiffes vollends entrissen wird.

1984 veranstaltete das Regime erstmals Wahlen zu einem 3-Kammern-Parlament, in dem neben den Weißen auch die "Farbigen" und Inder eine parlamentarische Vertretung erhielten und somit scheinbar an der Macht beteiligt werden sollten. Die schwarze Mehrheit blieb weiterhin ausgeschlossen.
Doch dieser Versuch der Burenregierung, durch das uralte teile-und herrsche-Kalkül seine soziale Basis zu verbreitern, scheiterte kläglich. Fast 90% der "Farbigen" und Inder boykottierten die Wahlen, es entstand eine massenhafte Boykottbewegung und eine neue Massenbewegung, die United Democratic Front (UDF), die in den folgenden Jahren zum Zentrum der Opposition wurde. Nahezu tausend Gruppen, Initiativen und Bewegungen vereinigen sich unter ihrem Dach, die gemeinsame Grundlage bildetete die Freiheitscharta des ANC. Später schloß sich auch der Gewerkschaftsdachverband COSATU diesem Bündnis an, so daß der gewerkschaftliche und der politische Widerstand heute in dieser Massenbewegung vereint sind.
Weder die Verhängung des Ausnahmezustands noch die Verhaftung tausender AktivistInnen und die Liquidierung hunderter Führungskader konnten den Widerstand brechen.

Neben den Schwierigkeiten im Inneren hatte das Regime im Frühjahr 1988 seine größte militärische Niederlage im Süden Angolas erlitten, was auch eine wesentliche Ursache für den Rückzug des Rassistenregimes aus Namibia wurde.
Die südafrikanische Wirtschaft wurde von internationalen Sanktionen, der Destabilisierung der Frontstaaten und den Kämpfen im Lande selbst schwer getroffen. Mehr als 250 Multis zogen sich mit ihrem unmittelbaren Engagement aus Südafrika zurück. Die effektiven Einnahmen aus dem Goldverkauf halbierten sich. Der Rückgang des Wirtschaftsvolumens resultiert zu einem wesentlichen Anteil (ca. 80 Mrd. DM) aus Kapitalflucht. Die Besorgnis darüber und der Stellenwert, den dieses "Problem" in der Politik de Klerks einnimmt, war auch aus seiner aufsehenerregenden Parlamentsrede am 2.2.90 herauszuhören:
"Es sollte ausreichend attraktiv sein, daß die Region des südlichen Afrika angemessen Investitionen und Leihkapital aus den industrialisierten Ländern der Welt erhält. Wenn die Länder des südlichen

Afrika nicht rasch Stabilität und einen normalen Zugang zu einer wirtschaftlichen Entwicklung erhalten, werden sie weiter mit Niedergang und Ruin konfrontiert sein."
Der Bezug auf die gesamte Region südliches Afrika zeigt die Interessenskoalition de Klerks mit den westlichen Industriestaaten, die schon seit geraumer Zeit ihre Entwicklungspolitik als Druckmittel gegen die Frontstaaten einsetzen, damit diese, geködert durch umfangreiche finanzielle Offerten, einer für sie annehmbaren (neokolonialen) Lösung in Südafrika zustimmen.
Auf der anderen Seite fanden gerade in jüngster Zeit auch die Positionen des südafrikanischen Widerstands in den Nachbarländern offene Ohren. Im Sommer '89 gelang es dem ANC, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zur Verabschiedung einer Grundsatzresolution zu gewinnen, in der sowohl die Prinzipien einer zukünftigen nichtrassischen Regierungsform in Südafrika niedergelegt sind, als auch die Vorbedingungen, unter denen darüber zu verhandeln sei; außerdem die Richtlinien der Verhandlungen selbst.
Der ANC verfolgte eine Politik, die die Bewegungsrichtung hin zu Verhandlungen beschleunigte, gleichzeitig aber den Spielraum des Regimes für Ausweichmanöver einschränkte.
Es ist zu erwarten, daß die herrschende weiße Clique am Verhandlungstisch bestrebt sein wird, den "längeren Atem" zu behalten, indem sie - unterstützt durch den wirtschaftlichen Druck der Industrieländer auf die Frontstaaten - den ANC (als wichtigste Kraft des Widerstands) zu Zugeständnissen zwingt. Diese werden sich nicht darauf beschränken, sogenannte "Minderheitsrechte" für ihre weiße Wählerklientel zu sichern, sondern v.a. darauf abzielen, in Südafrika ein neokoloniales System zu etablieren, das den Interessen der Kapitalfraktion im In-und Ausland entspricht. Dies wird nur möglich sein, wenn es dem Regime gelingt, v.a. die wirtschaftliche Situation im Lande einigermaßen zu stabilisieren.

Welche Antworten und Strategien der ANC für ein derartiges Verhandlungsszenario bereit hält, wie die derzeitige Situation in Südafrika einzuschätzen ist, diese und andere Fragen wollen wir auf der Veranstaltung diskutieren. Außerdem wollen wir über mögliche praktische Aktionsansätze gegen die Kollaborateure hierzulande reden.
Lassen wir dem Rassistenregime nicht den "längeren Atem", deshalb:

Verschärfung der Sanktionen gerade jetzt!

Kampf den Verbündeten der Apartheid in den Metropolen !

KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA

VERANSTALTUNG

mit Indres Naidoo (ANC)
Passionskirche
Marheinekeplatz 1-2
am 27.3.90, 19.00 Uhr, ~~Mehringhof~~, Eingang Schleiermacherstr.
~~Gneisenaustr. 2a~~, ~~Versammlungsraum~~

Will Volker Härtig mit Eisenberg MieterInnen kündigen?

37

Hausgemeinschaft Görlitzerstraße 74 1000 Berlin 36

Gesellschaft Bürgerlichen Rechts mit Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen, Johannes Eisenberg und Volker Härtig

Postanschrift: c/o Rechtsanwalt Johannes Eisenberg, Potsdamerstraße 96 in 1000 Berlin 30, Tel: 2627068

Herrn
[redacted]
Görlitzerstraße 74

Sehr geehrter Herr [redacted],

von Bewohnern des Hauses Görlitzerstraße 74 ist mir mitgeteilt worden, daß Sie in den letzten Tagen verschiedene Klangkörper (Lautsprecher, Kassettenrekorder) auf der äußeren Fensterbank der zur Görlitzer Straße hin gelegenen Fenster Ihrer Wohnung aufgestellt und damit stundenlang, bis in die Abendstunden, die Umgebung beschallt haben.

Ich brauche nicht zu erläutern, daß durch dieses Verhalten, das Sie auch in der Vergangenheit bisweilen an den Tag gelegt haben sollen, die übrigen Bewohner des Hauses erheblich gestört werden.

Ferner wurde mir mitgeteilt, daß Sie die Hauseingangstür tagsüber verschlossen haben. Auch dieses Verhalten führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der übrigen Bewohner des Hauses, deren Besucher am Betreten des Gebäudes gehindert werden.

Ich fordere Sie auch im Namen des Miteigentümers Härtig auf, die beschriebenen Verhaltensweisen künftig zu unterlassen. Wir sehen hierin eine Verletzung Ihrer mietvertaglichen Pflichten. Sollten Sie sich in Zukunft erneut wie beschrieben verhalten, werden wir das Mietverhältnis mit Ihnen kündigen.

Mit freundlichen Grüßen

Eisenberg,
Rechtsanwalt

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

Info-Tel. 04221/74945 oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburgerstr. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos, freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

?? - ??Infocafe Brümerstr. 52

Mo. - Fr. 10.00 -18.00 Cafe Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Mi. 21. 3. - Fr. 23. 3. 17.00 - 19.00 und **Sa. 24. 3. 10.00 - 12.00 Mahnwache für Mahmud Azhar.** Siehe im Heft.

Donnerstag, 22. 3.

17.00 Eritrea - Aufbau einer neuen Gesellschaft. Infoveranstaltung mit Tonbildreihe. Seit 30 Jahren herrscht Krieg in Eritrea. Aber der längste Befreiungskampf hat nicht nur militärsche Aspekte. Unermüdlich arbeiten die EritreerInnen am Aufbau einer neuen Gesellschaft. In dieser Veranstaltung wird über die neuesten Entwicklungen in Eritrea und über den grundsätzlichen Aufbau berichtet. Im El Locco

19.00 Vorbereitungstreffen zum **3. autonomen, überregionalen ♀♀-Treffen** in Berlin Mitte Mai. Schwerpunkthemen:
- Was ist autonome ♀♀politik, bzw. ♀♀widerstand
- wie kommen wir zur Praxis und zu einer
- funktionierende Vernetzung unserer Kämpfe und Diskussionen(♀♀zeitung mit "interim"konzept!?).

Im Blauen Salon, Mehringhof

19.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

20.00 "Rudolf Rocker" Video über den deutschen Theoretiker des Anarchosyndikalismus. Rocker legte 1919 in der "Prinzipienerklärung" dar, wie der Kapitalismus durch anarchistische Organisatiosformen überwunden werden könnte. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

21.00 VV zur Demo am Samstag gegen Umstrukturierung und Gentechnologie am Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Im Versammlungsraum, Mehringhof

21.00 "Ediths Tagebuch" Edith wünscht sich eine bessere Welt, so wie sie sie in ihrem Tagebuch beschreibt. aber ihre Realität sieht ganz anders aus. 16 mm Film. Im El Locco

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 23. 3.

17.00 Demo zum Werrablock. Treffpunkt: Zickenplatz, U-Bhf Kottbusser Damm die Route: Hohenstaufenpl.-Hermannpl.-Karl-Marx str.-Reuterstr.- Flughafenstr.- K.-M.str.- Anzengruberstr.- Donaustr.- Innstr.- Sonnenallee- Treptowerstr.

20.00 Demo- und Perspektiven VV an der TU, Raum ist noch unklar, siehe TAZ, höre Radio 100

jeden Freitag

15.00-20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 24. 3.

12.00 Demo aus Anlaß des Todes von **Mahmud Azhar**. Treffpunkt: Breitscheidplatz. Siehe in diesem Heft.

14.00 Koordinierungsungstreffen für die **Schwarzen Tage 23.4. - 7.5.** Im A-Laden, Rathenower Str. 22

14.30 Demonstration gegen Umstrukturierung und Gentechnologie am Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Treffpunkt: U-Bhf Reinikendorfer Straße

jeden Samstag

11.00-14.00 Frauentag in der M99

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 25. 3.

11.00 Saurier-Frühstück im Infocafé, Lübbener Str.29

18.00 Kiezküche im Wedding im Rat + Tat, Liebenwalder Straße. Tellerspenden sind hoch willkommen.

20.00 "Isabel auf der Treppe" DDR-Spielfilm von '84 über den AusländerInnenalltag in der DDR. Im EX, Mehringhof.

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

14.00 Koordinierungstreffen der vertreterInnen der Gruppen die die Aktionswoche **Wedding bebt - Wedding lebt** für Ende April vorbereiten. Im SEW-Gebäude, Weddingstr. 6, U-Bhf Nauener Platz

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.** es geht um die Aktionstage um den 1. MAI

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 26. 3.

jeden letzten Montag im Monat:

20.00 Frauen organisieren sich gegen Männergewalt in Moabit. Im A-Laden Rathenower Str. 22

20.30 "Man müßte doch was tun" Video über die Widerstandskämpferin Maria Fensky. Sie erzählt aus ihrem Leben, der KP, der Zeit im KZ, über ihre illegale politische Arbeit, die Verfolgung unter Adenauer. Im Syndikat, Weisestr. 54

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.) und mindestens zwei Tafeln Marabou oder Toblerone!!!

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 **geöffnet**

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 27. 3.

18.00 "Spaltprozesse" Dokumentationsfilm über den Widerstand der Oberpfälzischen Bevölkerung gegen die WAA Wackersdorf. Bei diesen Auseinandersetzungen gewinnen die BürgerInnen ein neues, kritisches Verhältnis zum Staat und seiner Polizei. Im SchülerInnencafé Hohenzollernring 16, 1/20

19.00 Veranstaltung des Komitees Südliches Afrika mit Indres Naidoo (ANC) in der Passionskirche, Eingang Schleiermacherstr.

19.00 "Unvesöhnliche Erinnerungen" Anhand der Berichte zweier unterschiedlicher Männer wird versucht die politische und gesellschaftliche Entwicklungen aufzuzeigen: Ein Maurer, stets überzeugter Kommunist, und ein salopper, bornierter General a. D., erinnern sich an die Zeit von 1933 - 79 und an ihre verschiedenen Positionen in diesen Jahren.Im El Locco

21.00 "Buenaventura Durruti" Hervorragende Biografie über den spanischen Anarchisten Durutti, über die CNT und den Bürgerkrieg mit vielen Interviews und Orginalaufnahmen.Im El Locco

jeden Dienstag

16.00-20.00 Antifakneipe im Krümel, Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00-22-00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 28. 3.

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Siehe Do 22. 3., 23.00. Im El Locco.

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin" Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat im Falckladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 29. 3.

20.00 "Deutscher Anarcho-Syndikalismus" Vortrag über die Anfänge der Freien ArbeiterInnen Union (FAU). Heute ist sie (noch?) eine unbedeutende und kleine Gewerkschaft. Ihre Hochzeit hatte sie in den 20er Jahren als in Deutschland noch sozial-revolutionäre Winde wehten. In dieser Zeit setzt der Vortrag an, will aber auch diskutieren was eine syndikalistische Gewerkschaft ohne Bonzen und Hierarchie bewirken könnte. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Siehe Do 22. 3., 23.00. Im El Locco.

8.April

AB 15.00 **LINDENSTRASSE 40/41**

HOFFEST

KEINE WOHNRAUMVERNICHTUNG
KEINE RÄUMUNG
FEST zur Erhaltung der Hauses, siehe Flugi im letzten Heft, wegen der besseren Koordination die Vorankündigung schon jetzt

18.März 1990:
"Sieg auf der ganzen Linie

